

Riesaer Tageblatt

und Anzeiger (Elbeblatt und Anzeiger).

Dienstblatt Riesa.
Heft Nr. 20.

Dieses Blatt enthält die amtlichen Bekanntmachungen
der Amtshauptmannschaft Großenhain, des Amtsgerichts, der Amtsgerichtsbehörde beim Amtsgericht und des
Rates der Stadt Riesa, des Finanzamts Riesa und des Hauptzollamts Meißen, sowie des Gemeinderates Gröba.

Poststempelkonto: Dresden 1580
Girokonto Riesa Nr. 52.

Nr. 286.

Donnerstag, 8. Dezember 1921, abends.

74. Jahrg.

Das Riesaer Tageblatt erscheint jeden Tag abends 16 Uhr mit Ausnahme der Sonn- und Festtage. Bezugspreis, gegen Vorabzahlung, monatlich 8.— Mark ohne Aufstellgebühr. Einzelnummer 50 Pf. Anzeigen für die Nummer des Ausgabetages sind bis 9 Uhr vormittags aufzugeben und im voraus zu bezahlen; eine Gewähr für das Erscheinen an bestimmten Tagen und Blättern wird nicht übernommen. Preis für die 48 mm breite, 3 mm hohe Grundschriftseile (7 Silben) 2.— Mark, Ortspreis 1.75 Mark; zeitzuladender und tabellarischer Satz 50% Aufschlag. Nachweissungs- und Vermittlungsgeldpreis 75 Pf. pro Seite. Bewilligter Rabatt erhältlich, wenn der Betrag verfällt, durch Abzug eingezogen werden muss oder der Auftraggeber in Kontakt gerät. Schildungs- und Erfüllungsort: Riesa. Ueberlegige Unterhaltungsbeläge „Grässler an der Elbe“. — Im Falle höherer Gewalt — Krieg oder sonstiger irgendwelcher Störungen des Betriebes der Druckerei, der Distanzpost oder der Postverkehrsbehörden — hat der Bezieher keinen Anspruch auf Lieferung oder Nachlieferung der Zeitung oder auf Rückzahlung des Bezugspreises. Rotationsdruck und Verlag: Vanger & Winterlich, Riesa. Geschäftsstelle: Goethestraße 59. Verantwortlich für Redaktion: Arthur Hähnel, Riesa; für Anzeigenabteilung: Wilhelm Dittrich, Riesa.

Einladung zur Glockeneinholung.

Die neuen Glocken der Trinitatiskirche, die am 5. ds. Wts. in Böckum abgegängt sind, werden demnächst hier eintreffen. Der unterzeichnete Kirchenvorstand lädt deshalb jetzt schon die staatlichen und städtischen Behörden, die Schulen, die Vereine und Corporationen aller Art, die Landespolizei und die ganze Kirchengemeinde Riesa mit Poppitz und Zergendorf in all ihren Gliedern, Mann und Frau, alt und jung zur Teilnahme an dem Festzuge zur Glockeneinholung herzlich ein und bittet um Belebung der Gebäude an diesem festlichen Tage. Tag und Stunde des Festzuges und alles Nöthige wird noch bekannt gegeben.

Riesa, am 8. Dezember 1921.

Friedrich.

Vertliches und Sachliches.

Riesa, den 8. Dezember 1921.

* Die Allgemeine Ortsfrankenkasse Riesa hält am Sonnabend, den 8. Dezember 1921, im Volkshaus eine Ausschüttung ab, die recht gut besucht war. Als neuer Ausschüttungsbereich wurde Herr Geschäftsführer Max Richter gewählt. Zu Rechnungswürtern für 1921 erinnerte man die Herren Glasermeister Kehler, Kaufmann Weßner und Wagner Hermann. Das gelangte Rechnungswert wird außer Herrn Bürgermeister Breitkopf in Dresden zur Prüfung überwiesen. Der Haushaltplan für das Wirtschaftsjahr 1922 fordert zur Besteitung der Aratkosten 600000 M., für Armut- und Heilmittel 250000 M., Krankenhausosten 120000 M., Krankengeld 500000 M., Wochenhilfe 120000 M., Siedlungsgeld 25000 M., Verwaltung 200000 M., Rücklage 50000 M., sonstige Ausgaben 200000 M. Dieben vermutlich Ausgaben in Höhe von 1885000 M. stehen nur 1800000 M. Einnahmen gegenüber, sodass eine Beitragserhöhung erforderlich wird. Der Ratsvorstand glaubt zur Not mit einer Beitragserhöhung von 1 Prozent des Grundlohnes auszukommen. Die Mehrzahl der Vertreter hält diesen Entschluss aber nicht für ausreichend und empfiehlt die Beiträge von 6 auf 8 Prozent zu erhöhen. Mit Genehmigung des Haushaltplanes verbündet man auch die Annahme des Nachtrages zur Rassenförderung, die unter anderem folgende Verbesserungen für die Verlierer vor sieht: Erhöhung der Beihilfen für orthopädische Hilfsmittel u. a. von 50 M. auf 150 M., Kurtoftensubstanz für Familienangehörige von 1 M. auf 10 M. täglich. Der Antrag auf Beitragsförderung um 2 Prozent wird angenommen. Schließlich erhält der Ratsvorstand die Genehmigung, mit dem Fiskus in Verhandlung zu treten, um die Gebäude des früheren Offizierskasinos in Zeithain für Wohnabsatzwecke zu ergattern.

* Sachliches. Auf die Einladung des Kirchenvorstandes im amtlichen Teil dieser Nummer zum Festzuge zur Glockeneinholung machen wir aufmerksam.

* Lieberabend von Werner Reichelt. Gestern abend im Saale der „Elbterrasse“ abgehalten von Werner Reichelt, dem Gelanglehrer unseres Partonisten Dorf Krause, bei uns einen nicht alltäglichen Kunstgenuss. Wie lernten in ihm einen vornehmen Künstler kennen, dies bewies schon die Liederfolge. — Die musterhafte Textausprache des Pianistküfers, sowie die vollständige Verwandlung über sein weiches Pianospiel, besonders im Blau, rötigten zur Bewunderung. So wurde jedes lied für Sänger und Hörer — bei sorgfältiger Durcharbeitung und Verteilung — ein Erlebnis. Doch besonders machten wie die Schnitternden Meisterlieder: „Grenzen der Menschheit“, „Der Schüler und der Lehrer“, „Der Alpenjäger“ und die wundervolle Ballade: „Odins Meerfahrt“ hervorheben, die zu wahren Glanzleistungen wurden. Großer Beifall der nicht zu zahlreichen Zuhörer lobte die hohen Leistungen. — Die nicht immer leichte Klavierbegleitung lag in den Händen Hermann Gürters, der — wie wir hören — selbst Sänger, anfangslegend und rasantisch streng folgend auf alle Feinheiten des Vortragenden einging. Hoffentlich fehlt der Sänger einmal wieder bei uns ein, um sich noch mehr Kunstreunde zu erwerben.

* Kabaretttheater des Sächs. Künstlerbills. Undes. Man berichtet uns: Eine nach Hunderten schlende Kinderchar. füllte, dichtgedrängt zusammenstehend, den Saal des Wettiner Hoses. Arbeits- und Standenmutter von Müttern, Müttern und Kinderfreunden und beobachtete das lustige Spiel, das Prof. Dr. Paul aus Dresden, „Onkel Paul“, wie man ihn dort nennt, mit Kaiser unter den Käudern“ trieb. Für uns alle war nicht nur der Gang der Handlung ergötzlich und spannend, wie bewunderten in „Onkel Paul“ einen feinen Kenner der Kinderwelt, der es auf seine Art versteht, einen so innigen Konversationen Spiel und Jubelrath aufzutragen, daß die Kinder sehr miterlebend in Spiel und Handlung eingreifen, oft geradezu leidenschaftlich, ohne daß der Jaden verloren geht, mancomat sogar so, daß sie die Entwicklung der Erlebnisse Kaiser, „wobei es ihm dreimal hart an den Krägen geht“, vorzustellen und sie dann durch Wort und Zursprung halt fördern. Kaiser hat es, nach der am Schlusse tiefaufatmenden Kinderchor zu urteilen, ehrlich verstanden, zum Großherzog von Riesa, Poppitz und Zergendorf ernannt zu werden. Und er soll nicht vergessen, in seinem Lande, das er nicht schlecht kennt, wieder einmal seine Residenz aufzuschlagen. — Ferner wird uns mitgeteilt: 150 Kindern des Kinderhorts, des Armenhauses und des Knabenclubs war es vergönnt, infolge Stiftung eines höheren Betrags durch einen Riesaer Kunstmaler das Kaiser-Theater unentgeltlich zu besuchen.

* Ausstellung erzgebirgischer Spielwaren. Am kommenden Sonntag hält der Verein Erzgebirger und Vogtländer Riesa im Hotel zum Stern ein Weihnachtsvergnügen ab, verbunden mit einer Ausstellung erzgebirgischer Spielwaren. Die Ausstellung kann von Sonntag bis Mittwoch von jedem Tag besucht werden. Man beachte hierzu die diesbez. Anzeige in vor. Nr.

* Operetten-Aufführung im Hotel Bößnitz. Das Operetten-Ensemble des Weißner Stadttheaters bereitete auch gestern abend feinen Besuchern einige

Die Anmeldung zur Teilnahme am Unterricht in den sächsischen Schifferschulen hat für die Schule

in Pirna bei dem Straßen- und Wasserbauamt Pirna
Dresden " " " Dresden 1
Meißen " " " Meißen

bis zum 17. Dezember zu erfolgen.

Bei der Anmeldung sind 50 M. Unterrichtsgeld zu entrichten. Der Unterrichtsbeginn und die Unterrichtsstunden werden für jede Schule noch

sondern bekannt gegeben.

In Bad Schwandau, Wehlen und Riesa findet kein Schifferschulunterricht statt.

Direktion der sächsischen Schifferschulen.

verganige Stunden. Die Operette „Der fidèle Geliebte“ hat auch das Zeug davon, einen Abend in angenehmer Weise auszufüllen. Bei aller Betonung des Lustigen und Übernatürlichen — leichtes Künstlerblut gibt ja in ihr um — entbehrt sie doch auch nicht eines tieferen Inhalts. Und noch mehr fast spricht die Musik an. Neben die Aufführung wäre zu sagen, daß die Darstellung sich sehen lassen konnte. In den Hauptrollen standen Eugen Demetrius (Titelrolle), Josef Vorand (Baron v. Bingen), Veni Weisser (Theresia), Ludwig Böttger (Hahlinger) und Herbert Rainer (Jude) auf richtigen Bläue. Das gefangene Können reichte an die darstellerischen Leistungen nicht heran. Freilich malte über dem Abend insoffern ein Witschelicht, als das Gedächtnis, in dem sich auch die Noten befanden, erst in allerletzter Minute eintrat, sodass die Vorstellung ohne jede vorherige Probe vor sich gehen muhte. Das da eine völlig abgerundete Aufführung nicht herauskommen könnte, ist natürlich. Der Besuch ließ sehr zu wünschen übrig.

* Krippenspiel. Wie uns mitgeteilt wird, bietet die Wandertugendgruppe Riesa nächsten Sonnabend in der Turnhalle der Knabenschule ein Krippenspiel. Wandertugend führen es auf, die, von jeher neben ihrer Liebe zur Heimat eine tiefe Liebe zu deutschem Volkstum im Herzen tragend, an den verläßlichen Quellen schürten und manch törichtes Kleinod der Volksdichtung wieder aufzutragen. Der Text zu dem Spiel kommt aus verschiedenen zerstreuten Brüderlichkeitsspielen und Sagen, in der Hauptrolle aus „Ein geistliches Spiel“ aus Obersteiermark, entstanden wohl im 15. oder 16. Jahrhundert, handschriftlich verfasst. Zwieschlafe Weihnachtsstrennen soll das Spiel stützen. Der Steinmetz ist, einem gegebenen Versprechen gemäß, für die ihrer Heimat verbaute Oberschleifer bestimmt. Auch Bilder sollen für die Oberschleifer gesammelt werden. Darum: Bringt Bilder mit und Aquarellchriften für die Oberschleifer, aber nicht die schlechten, sondern die besten. Sie werden an der Kasse entgegengenommen.

* Einigung im östlich-sächsischen Textilarbeiterkrieg. Die vierzigsten Tarifverhandlungen mit den Textilarbeitern Ostthüringen sind Dienstag in später Abendstunde vom Arbeitsministerium beendet worden und haben zu einer Einigung auf beiden Seiten geführt. Danach ist ein monatlich festerer Lohntarif sowie ein Wandelstarif mit Gültigkeit bis Ende n. J. vereinbart worden. Der Wiederaufnahme der Arbeit steht somit nichts mehr im Wege.

* Die Gerüchte von neuen Waffenfund in Hödenau. Das Preisseamt des Polizeipräsidiums gibt bekannt: Die in einem Teile der Kreise umfassenden Gerüchte von neuen Waffenfunden in Hödenau entsprechen nicht den Tatsachen. Es sind weder Sättel oder Gefanne noch, wie ausländische Blätter melden, 500 Kanonen gefunden worden oder früher dort bestellt gewesen. Der Betriebsdirektor und der Betriebsrat haben dies ausdrücklich in Abrede gestellt. Es liegt auch nicht der geringste Anhalt dafür vor, daß in den Rohstoffwerken noch Material verborgen sei, das nicht vom Polizeipräsidium erfaßt worden wäre. Das Gerücht scheint dadurch entstanden zu sein, daß die Internationalisierte Kommission in den letzten Tagen mehrfach einige ihrer Mitglieder nach Hödenau entsandt hat. Dies geschah aber nur, um den Abräumsort des vorgefundenen Materials, der sich glatt abwidelt, zu kontrollieren.

* Ermächtigung der Margarinepreisse. Der Margarineverband (E. B.) teilt mit: Die Margarineindustrie hat beschlossen, ihre Preise auf Grund des Vorablasses der Preiskommission des Margarineverbandes von heute ab um 3 Mark für das Pfund zu erhöhen.

* Mitteldeutsche Kohlen für Sachsen. Sie fanden Verhandlungen statt, die das Ergebnis hatten, daß anstatt der gewaltig verteuerten tschechischen Kohle, auf die besonders die sächsische Industriewirtschaft angewiesen ist, nunmehr mitteldeutsche und niedersächsische Kohlen nach Sachsen geliefert werden sollen.

* Die Erhöhung der Erwerbslosenunterstützung. Die Reichsregierung hat beschlossen, mit Rücksicht auf die gegenwärtige Teuerung vom 15. Dezember ab erhöhte Erwerbslosenunterstützungen anzulassen.

* Nebenbeschäftigung. Das Personalamt des Sächsischen Ministeriums des Innern weist die Staatsbeamten und Lehrer an öffentlichen Schulen erneut darauf hin, daß sie zur Vermeidung dienstlicher Bestrafung in jedem Falle eine Nebenbeschäftigung oder gewerbliche Tätigkeit, zu deren Ausübung sie nach gesetzlicher Vorschrift die Genehmigung ihrer Dienst- oder Anstellungsbehörde einzuhören haben, ohne diese Genehmigung freier erwerbstätiger Personen hierzu nicht zu verurteilen wäre, nur beim Vorlegen besonderer Gründe erteilt werden.

* Wiedenbericht des Landesamts für Arbeitsvermittlung. 27. November bis 2. Dezember 1921. Das Gesamtbild der Arbeitsmarktlage war in der Berichtswoche gleich günstig wie bisher. Das einzige Prokratet bedingt naturgemäß größere Einschätzungen der Außenarbeitsmärkte, namentlich im Baugewerbe. Das Angebot offener Stellen ging teilweise zurück. In der Handwerksfahrt hat sich die Lage wenig geändert. Bereits

seit jetzt die Nachfrage nach Mädchen und jüngeren Schwestern für Neujahr 1922 ein. Der Bedarf wird voraussichtlich bei weitem ungedeckt bleiben. Für Görner ist mit Eintritt des Frosts wettet jede Vermittlungsaufgabe geschwunden. Das Angebot an Schweißern und landwirtschaftlichen Beamten ist immer noch hoch. Der Stolberger Bergbau hat noch Bedarf an gelernten und ungelehrten Arbeitsträgern unter 25 Jahren. Die keramische und Glas-Industrie sucht Porzellansmaler und Brenner, Dreher für Porzellansolatoren und Facharbeiter in der Glassabrikation. In der Metallindustrie hilft die lebhafte Beschäftigung noch an. Schließlich werden Formen, Aufschmiede, Kesselschmiede, Metalldrucker, Graveure, Klempner, Heizungsmechaniker, Automatenmechaniker, Werkzeugmäster auf Schnitt- und Spannenbau, geübte Maschinenschreiberinnen und Spannerinnen, Hobler, Horizontalbohrer, Elektromonteur und Gießer, Metallformen, jüngere Gürtler, Silberarbeiter, Bau- und Aufschmiede, Deton- und Spülmauler. Insbesondere herrscht Mangel an Formern, älteren Bau-, Werkzeug- und Aufschmieden und Klempnern. Auch die Textilindustrie zeigt weiterhin guten Geschäftsgang. Der Mangel an Fachkräften wurde stellenweise erfolgreich durch Ausländer zu beheben versucht. Schließlich sind Kammgarnweben und Zippichweben. Dagegen tritt der Rückgang in der Anforderung von Arbeitskräften in der Blaupauer Stickerei und Spülensfabrikation weiter auf. Nur besonders geartete Facharbeiter und Facharbeiterinnen fehlen nach wie vor. Die gärtnerische Lage des Leipziger Buchdruckerwerkes steht an. Im Sattlergewerbe herrscht weiterhin Mangel an Koffer-, Kellartüten, Kreisrinnen- und Autosatullen. Auch das Tapetenhergewerbe ist zufriedenstellend beschäftigt; Polsterer und Klappstuhlfabrikanten fehlen. Im Holzgewerbe hält der Mangel an Möbeln, Holzbauhauern und Drechsler an. Die Nachfrage nach Fach- und Aufschmieden war in der Schuhwaren- und Leinwaren-Industrie mit Ausnahme von Dresden groß. Dagegen besteht noch ein größeres Angebot namentlich älterer Arbeitnehmer in der Zigaretten-Industrie. Im Bekleidungsgewerbe besteht noch wie vor starke Nachfrage nach erfahrenden Schneiderinnen und Strohutmacherinnen. Seit Eintritt des Frosts liegt die Kaufaktivität still. Die Zahl der arbeitsuchenden Männer steigt. Im Handelsgewerbe wirkt das Weihnachtsgeschäft entlastend. Schließlich dauernd geübte Stenotypistinnen und Verkaufsträger für den Buchhandel, die Buchdruckerei und die Konfektion. Im Gastwirtschaftsgewerbe besteht Mangel an Hau-, Herb-, Küchen-, Wäschinnen und Hausbüttchen. Der Bedarf an Haushalteinfamilien bleibt weiter stark.

* Großenhain. Wegen Preistreiberei mit Kartoffeln wurde der Händler Klaus aus Görlitz vom hiesigen Schöffengericht zu einem Monat Gefängnis und 1000 M. Geldstrafe oder zu weiteren 100 Tagen Gefängnis verurteilt.

* Dresden. Durch Loslösung des Gummidrausches vom Gasbader waren in der Wohnung eines 82-jährigen Töpfersgehilfen in Altpieschen eine solche Menge Leichtgas entstanden, daß dieser mit seiner 71 Jahre alten Ehefrau in der vorletzten Nacht das Leben verlor. Man fand beide gestern vormittag auf dem Sofa bzw. in einem Stuhle liegend als Verstorben vor. Es war bereits bei beiden Totenverschiedenheit eingetreten, weshalb man von Wiederbelebungsversuchen abhielt.

* Schönau. Das Fahrzeug des Strommeisters Schwager klappt um und die zwei Insassen des Bootes fürztzen ins Wasser. Während Schwager gerettet werden konnte, wurde sein Begleiter, der Arbeiter Müller, nur als Leiche ans Land gebracht.

* Zittau. Gegen die Einführung einer Schlemmersteuer, die im Stadtwortheitenfolgezum angeregt worden war, hat sich Oberbürgermeister Dr. Kitzel ausgesprochen. Gegenüber anderen Städten herrsche in Zittau noch ein sehr soziales Leben. Er habe noch nicht beobachten können, daß in diesen öffentlichen Lokalen besonders „Sklott“ gelebt werde. Man solle wenigstens erst die Entwicklung der Dinge in Berlin abwarten, wo man jetzt davon sei, ein solches Ortsgebot zu schaffen. Ein Riedrichsritter der Polizei stünde zu besteuern, hält Dr. Kitzel für unfehlbar; da diese doch da sei, damit sie nicht übereritten werde.

* Grimma. Die städtischen Gaspreise wurden infolge der erhöhten Kohlenpreise sowie wegen Aufhebung der Zölle und Gehälter ab 1. Dezember von 1,40 M. auf 2 M. pro Kub. herausgestellt. — Wegen der von den Gewerkschaften mittels sogenannter Kontrollzettel ausgeübten Kontrolle der Gewerkschaftsmitglieder bei den Stadtwortheitenwohnen haben Mitglieder der Deutschen Nationalen Volkspartei die Gültigkeit der Wahler durch Wahlprotokoll angefochten. — Auf dem hiesigen Bahnhof ist abends ein Vorfall mit zwei Geldbeuteln abhanden gekommen. Vermöglich liegt Diebstahl vor. Die Geldbeutel enthielten Wert- und Einschreibebriefe in der Menge von etwa 2000 M.

* Delitzsch. In einem Fremdenzimmer des Hotels zum goldenen Engel, in dem ein Goldwarenreihender wertvolle Goldwaren ausgelegt hatte, entstand während dessen Abwesenheit ein Zimmerbrand. Ein großer Teil der ausgelegten Goldwaren und Schmuckstücke wurde durch das Feuer vernichtet.

Bespräch. Ein in der elterlichen Wohnung allein anwohnendes zwei Jahre altes Mädchen einer Familie in der Büchstraße war mit ihrem Kleidchen dem glühenden Staubenofen zu nahe gekommen, wodurch dieses Feuerung und das Kind dabei so schwere Brandwunden erlitten, daß es kurze Zeit nach der Aufnahme im Krankenhaus gestorben ist.

Wegzehr bei Liebenwerda. Beim ersten Schneefall kam hier ein belästigender Unfallkoffer vor. Einem 11-jährigen Knaben traf ein Schneeball direkt ins Auge. Anfangs wurde dies wenig beachtet, später wurde geschaut, und als die Eltern immer ärger wurden und Meister eintrat, da fuhr der Vater mit dem Knaben in die Augenklinik nach Leipzig. Noch am selben Tage wurde das schwer beschädigte Auge entfernt. Leider erfolgte auch diese Operation zu spät, denn schon nach drei Tagen verstarb der sonst so frische, lebensfrohe Knabe.

Sächsischer Landtag.

wsL Dresden, 7. Dezember.

Beginn der Sitzung 1 Uhr.

Auf der Tagesordnung stehen

11 kommunistische Anträge.

Es handelt sich um Anträge zur Wirtschaftsverfassung. Anträge zum Strafvollzug und zur Reorganisation der Reichswehr, sowie um Anträge über Einstellung von Arbeitern und Angestellten. Abg. Langrock (Kommun.) verlangt bessere Kontrolle des Strafvollzugs, angemessene Behandlung der Gefangenen, sowie Beteiligung aller Einheitsmachten des Reiches auf Selbstverteidigung und Selbstbefestigung. In der aufschließenden Debatte wird betont, daß das Ladelement schon jetzt erheblich zur Kontrolle des Strafvollzugs herbeigesogen werde. Ein Antrag auf Überstellung an den Rechtsanwalt wird durch die bürgerliche Mehrheit gegen die Stimmen der Linksparteien abgelehnt, ebenso der Antrag auf Richterwahl durch das Volk.

Abg. Müller-Leipzig (Unabh.) begründet einen Antrag auf

Gleich eines Anschlagsgesetzes durch das Reich.

Die Anmietete sollte keinsmehr auf alle Verbrecher ausdehnen werden. Abg. Mennet (Kommun.) klagt über die große Härte der Strafen, die über politische Führer verhängt worden seien. Abg. Westerl (Unabh.) berichtet den Antrag, aus den drei Arbeitersparteien einen Entwurf einzuholen, um eine Amnestie zu bilden. Abg. Krause (Kommun.) begründet einen Antrag auf Entlastung sämtlicher Beamten und Angestellten, die offen oder geheim eine Wiederherstellung der monarchischen Verfassung ertrachten. Auch sollte die Regierung auf eine Reorganisation der Reichswehr hinwirken. Abg. Mennet (Kommun.) geht bei Erörterung eines Antrages über die Reorganisation des Landesbehörden-dienstes die ganze Vergangenheit des mitteldeutschen Märktaufstandes durch (vom Ende der Zweiten rechts auf der Teilung). Redner fordert weiter inflammenden Protesten auf Bildung einer proletarischen Einheitsfront auf, um die Fortbewegungen der Kommunisten zu verhindern. Die sozialdemokratischen Führer seien nur Provokatoren. Abg. Oehlisch (Soz.) weiß die kommunistische Einheitsfront als unmöglich zurück, über die die "Freiheit" geschildert habe, daß nicht die Menschen entscheiden dürften, sondern daß die bürgerliche Moral zeigen müßten. Die Volksrechtsstaaten hoffings hätten nicht provoziert, sondern die Kommunisten hätten sie bis ans Blut gereist, um sie als Provokatoren darstellen zu können. Die S.P.D. habe den ganzen Märktaufstand entschieden abgelehnt. Ein Teilblütenbeschluß, der wilde Drobungen gegen den Präsidenten ausstößt, mußte werden durch die Saalpolizei mit Hilfe des Publikums entfernt werden.

Nach persönlichen Bemerkungen der Abg. Mennet und Krause (Kommun.) wird die Debatte beendet.

Bei der Abstimmung werden die Anträge über Erlass einer Reichsmonetie abgelehnt. Der Antrag betr. Bildung eines Entwicklungsausschusses wird in der kommunistischen Sitzung abgelehnt, in der Sitzung der Unabhängigen aber mit 36 gegen 35 Stimmen angenommen. Der Antrag auf Reorganisation des Landesbehörden-dienstes wird einstimmig angenommen. Die Anträge auf Reorganisation der Reichswehr und Entlastung monarchischer Beamten werden abgelehnt. Die Anträge auf Einstellung von Arbeitern und Angestellten werden abgelehnt.

Nächste Sitzung Donnerstag nachmittag 1 Uhr: Vorlage betr. Aufwandsentschädigung der Abgeordneten, Anträge.

Der Jagow-Prozeß.

Der Hochverratsprozeß gegen den früheren Berliner Polizeipräsidenten von Jagow und Genossen hat Mittwoch vormittag vor dem Reichsgericht unter dem Vorsitz des Generalpräsidenten von Bellegius begonnen. Das Gerichtsgebäude wird polizeilich scharf bewacht, der Auftritt ist nur gegen besondere Ausweise gestattet. Der große Verhandlungssaal ist stark besetzt, auch zahlreiche Pressevertreter sind erschienen.

Die Anklage verzerrt der Oberrechtsanwalt Dr. Ebener. Den drei Angeklagten von Jagow, Freiherrn von Wangenheim und Sanitätsrat Dr. Schiele stehen als Verteidiger fünf Rechtsanwälte zur Seite.

Der Verteidigende verklaut zunächst den Beschluss, die beiden Sachen gegen von Jagow und gegen von Wangenheim bzw. Dr. Schiele zu verbinden. Die Anklage lautet auf Hochverrat. Nach dem Eröffnungsbeschluß erscheinen die Angeklagten verdächtig, mit Kapp und Lüttwitz innerhalb des Deutschen Reiches im März vorigen Jahres den Vertrag gemacht zu haben, die Verfassung des Deutschen Reiches gewaltig zu ändern.

Der Angeklagte von Jagow erklärt, er habe niemals eine solche Handlung, wie sie ihm zur Last gelegt wird, verübt, weder als Führer, noch als Teilnehmer. Der ihm betreffende Tatbestand sei in wenigen Worten dargestellt. Vor dem 18. März 1920 handelte es sich lediglich um eine Unterredung zwischen Kapp und ihm. Kapp habe sei ihm bis dahin nur oberflächlich bekannt gewesen. Kapp habe ihm erklärt, die Reichswehr sei über die damaligen Umstände entzweit, und habe das lebhafteste Interesse an einer Rendierung des Verhältnisses. Das müsse durch eine Personenumänderung geschehen und zwar in einer völlig legalen Weise. Kapp fragte mich, so fügt von Jagow fort, ob ich bereit sei, das Amt des Ministers des Innern zu übernehmen. Ich war bereit. Das Kommando über die Reichswehr lag nicht in meiner Hand. Niemals liegt eine Handlung vor, durch welche die Reichsverfassung unmittelbar ge-waltig geändert werden sollte.

Der Präsident gibt Herren von Jagow anheim, sich auch über die Einzelheiten zu äußern und Fragen zu beantworten.

Dr. Jagow bemerkt, für ihn habe es außer allem Zweck gelstanden, daß es sich nur um ein Unterneben zur Rendierung der Regierung handele. Ein Gewalt sei sicherlich nur für den Fall der Notwehr gedacht gewesen. Den Angeklagten Schiele habe er erst am 18. März kennen gelernt. Der Angeklagte betreibt, daß er Herren von Falkenhayn gefragt habe, es müsse auf Tod und Leben gehen. Er habe eine legale Demonstration der Reichswehr erwartet und sei zu dieser Erwartung durchaus berechtigt gewesen. Jagow willt dann den Eingang der Truppen in Berlin, und betont, daß Kapp ihm mitgeteilt habe, die Politikwelt sei zu diesem übergegangen, die Reichsregierung sei zu ihm übergegangen und die preußische Regierung festgesetzt, die militärische Gewalt liegt bei Berlin.

Der Präsident hält dem Ankläger vor, daß er nicht ohne weiteres habe annehmen können, daß die gesamte Gewalt auf Kapp und Genossen übergegangen war.

Dr. Jagow erwidert darauf, er sei tatsächlich davon überzeugt gewesen, daß die Gewalt in den Händen von Kapp und Lüttwitz lag. Ein Widerstand sei aus unumstößlich gewesen, da die Brigade Oberhaupt Berlin absolut bedeutsame. Auf die Bemerkung des Präsidenten, es gebe auch einen Widerstand durch untaugliches Verhalten, erwidert von Jagow, er sei der Meinung gewesen, daß jeder preußische Beamte die Pflicht gehabt habe, weiter zu arbeiten, und daß er geglaubt habe, daß die Beamten auch unter der neuen Regierung Kapp-Lüttwitz arbeiten würden.

Der Präsident hebt hervor, daß ein hochverrätekisches Unternehmen sich auch in einer fortgesetzten Handlung be-tätigten könne.

Dr. Jagow stellt als seine Meinung hin, daß es seine Pflicht als preußischer Beamter war, durch Ausübung des Amtes als Minister weiter zu arbeiten. Wenn ihm zum Beispiel kein gesessen wäre, doch Kapp und Lüttwitz nicht die östliche Gewalt inne hätten, so würde er allerdings das neue Amt wieder in ihre Hände gelegt haben. Er habe die allgemeine Erklärung, daß weiter gearbeitet werde, auf das neue Regiment bezogen. Daß der Czernowitz und die Belebung der Ministerien und der Reichskanzlei eine Ge-waltshandlung sei, gibt von Jagow zu. Die Gewaltshandlung sei aber zu Ende gewesen, als er in Tätigkeit getreten sei. Er habe Kapp Vorschläge zur Genehmigung von Staats-cretieren gemacht und Kapp habe dann die Ernennungen vorgenommen. Am Sonntag habe er an die Beamten des Ministeriums eine Ansprache gehalten, die hauptsächlich patriotischen Charakter trug. Dabei habe er betont, daß Kapp Diktator sei und die Amtier des Reichsfürsten und des Ministerpräsidenten ausübe, also in diesem Sinne sein Vornehmer sei. Es habe sich nach seiner Meinung nur um die Wiederherstellung ordnungsgemäßer Zustände gehandelt, nachdem die Regierung geslossen war. Kapp habe seine Tätigkeit als Diktator nur so aufgefaßt, daß ein Vertrag auf Wiederherstellung legaler Zustände geschlossen werden sollte. Der Präsident wirft hier ein, daß auch eine vorübergehende Versetzungänderung eine Ver-festigungsänderung sein würde.

Zaeschgeschichte.

Deutsches Reich.

Die Gollerleichterungen für Lebens- und Buttermittel bleiben bestehen. Der vorläufige Reichswirtschaftsrat genehmigte den Bericht seines Ausschusses wegen der Aus-hebung vorübergehender Gollerleichterungen. Der Entwurf gibt der Regierung freie Hand für den Fall, daß der Zeitpunkt eintreffe, wo die Gollerleichterungen wegfallen können. Der Ausschuss sprach sich dafür aus, daß noch keine Aussicht besteht, die Gollerleichterungen für Lebens- und Buttermittel aufzuheben.

Die Erhöhung der Biersteuer. Der Reichstagsaus-chuß für die Verbrauchssteuern billigte die von der Regierung vorgeschlagene Erhöhung der Biersteuer auf das Bier der bisherigen Sohnes. Angenommen wurde ferner ein Antrages Demokraten Hamm, wonach die Steuerfahne für einfaches Bier mit einem Stammwürzegehalt von 5,5 Prozent um die Hälfte erhöht werden, für Vollbier mit einem Stammwürzegehalt von 8 bis 9 Prozent um ein Viertel er-höht, für Starkbier mit einem Stammwürzegehalt von mehr als 18 Prozent dagegen um die Hälfte erhöht werden.

Zum Verkaufe Donnersmarckscher Festungen in Oberschlesien an englisches Kapital wird dem "Votanlanz" mitgeteilt, daß es sich nur um den in den Kreisen Tarnow, Beuthen und Kattowitz gelegenen Bezirk der katholischen Linie der Donnersmarcks handelt, deren Generaldirektion sich in Tarnobz bei Tarnowick befindet. Mit dem Besitz der evangelischen Linie des Fürsten Guido von Donnersmarck-Renck und seines Bruders, des Grafen Henckel von Donnersmarck-Renck in den Kreisen Tarnow, Lublin, Beuthen, Hindenburg und Arbnit, dessen Generaldirektion sich in Hindenburg im Kreis Tarnowick befindet, hat der oben erwähnte Besitz nichts zu tun.

Die Erwerbung inländischen Brotgetreides durch die Regierung. Anteilend an die vom volkswirtschaftlichen Ausschuß des Reichstages am 24. n. M. angenommene Entlastung, die Reichsregierung möge mit den Organisationen der Landwirtschaft zur Erwerbung inländischen Brotgetreides in Verhandlungen treten, wurde Dienstag im Reichsministerium für Ernährung und Landwirtschaft eine Vereinbarung mit den Spartenorganisationen der Landwirtschaft sowie des Getreide- und Buttermittelhandels veran-staltet. Die Erörterung legte die erheblichen Schwierigkeiten der Durchführung einer solchen Aktion dar, besonders im Hinblick auf die mit ihr verbundene dreisteuernde Wirkung. Zu einem abschließenden Ergebnis gelangte man in der Besprechung nicht.

Zur Verhinderung des Separatisten-Smeets. "Smeets" meldet aus Koblenz, die Rheinlandskommission, die sofort nach der Inbesitznahme Smeets benachrichtigt wurde, hat beschlossen, die Fortführung des Beschuldigten aus dem Rheinlande zu untersagen. Sie habe außerdem die zuständigen deutschen Behörden aufgefordert, ihr in kürzester Frist genaue Nachrichten über die Anschuldigungen und die näheren Umstände der Verhaftung zukommen zu lassen. Das Ergebnis der Unterforschung wird demnächst bekannt gegeben werden.

Paritätsänderung im Bührevier. Die Bergarbeiter-verbande des Bührevers haben den im vorher Monat abgeschlossenen Votanartis für den 31. Dezember wieder gekündigt.

Dr. Stresemann und die Deutsche Volkspartei, zu der der Blätternotiz, daß Dr. Stresemann Vorsitzender der Deutschen Volkspartei aus Prestige-Gründen bleibe, aber als Vorsitzender der Reichstagsfraktion erzeigt werden soll, erwidert. Die Zeit: Die Fraktion der Deutschen Volkspartei wird heute über 8 Tage zu einer Sitzung zusammenkommen, in der die politische Lage und die Ergebnisse der Stuttgarter Parteitag erörtert werden sollen. Wir sind überzeugt, daß der Ausgang dieser Fraktionssitzung einen sehr traurigen Gedanke, wie es in der erwähnten Notiz zum Ausdruck kommt, ein für allemal ein Ziel legen wird.

Drohender Streit bei der Berliner Hochbahn. Die Betriebsräte und Funktionäre der Angestellten der Berliner Hochbahn-Gesellschaft haben beschlossen, am Freitag in den Streit zu treten, falls die Direktion der Gesellschaft es ablehnen sollte, weitere über den vom Schlichtungsausschuß gekündigten Schiedspruch hinausgehende Budgetänderungen zu machen.

Die Strafverfolgung des kommunistischen Abgeordneten Oberlein. Wie die "Rote Fahne" meldet, hat der Oberrechtsanwalt des preußischen Landtags die Aufhebung der Immunität und die Genehmigung zur sofortigen Inhaftnahme des kommunistischen Abgeordneten Oberlein beantragt. Die Geschäftsführungskommission des Landtages wird sich am Freitag mit dem Antrag beschäftigen. — Im Falle des Abgeordneten Biegler, gegen den gleichfalls ein Antrag auf Aufhebung der Immunität vorliegt, hat der Geschäftsführungskommission der Strafverfolgung freien Raum zu lassen, aber eine Inkraftsetzung nicht zu genehmigen. Beide Fälle würden noch vor Weihnachten vom Plenum des Landtages erledigt werden.

Der Auflösung der Pfändungsgrenze. Dem Reichstag ist der "Vossischen Zeitung" aufgefallen, daß die Pfändungsgrenze bei Gebäu-deansprüchen von 2000 auf 8000 Mark erhöht. Das Gesetz soll rückwirkende Kraft für alle seit dem ersten Oktober 1921 gültig gewordenen Verträge erhalten.

Entnahmen eines kommunalpolitischen Mittwochs. Der ehemalige Schriftsteller und kommunalpolitischer Parteifreund Alfred Renn, der wegen Hochverrats von der Staatsanwaltschaft Halle verhaftet wurde, und auf dessen Freilassung vom Regierungsratspräsidenten in Merseburg 5000 Mark Belohnung ausgesetzt waren, ist von Beamten der Abteilung I A des Polizeigewölbes am Dienstag abend in Berlin festgenommen worden. Renn gehört zu den Schreibern des mitteldeutschen Haushalts im März 1921. Das Preisspektrum-Monopol. Das Preisspektrum-Monopol lieferte im ersten Jahre 700 Millionen Mark; für 1921 wird der Umsatz auf 1,2 Milliarden Mark ver-anschlagt. Die Verwaltung ließt jährlich 4 Millionen Mark zur Bekämpfung der Trunklucht ab.

70 Prozents Wettlauf in Berlin. Als Höchsttarif für Mietwohnungen setzte der Berliner Magistrat den Bußgeld von 70 Prozent fest, der sich allerdings für Räume, die zu gewerblichen, geschäftlichen, Büro- oder ähnlichen Zwecken benutzt werden, auf 120 Prozent, bzw. 170 Prozent steigert.

Entwicklungen des Dollarfußes. Der Dollarfuß war an der geistigen Berliner Börse starken Schwankungen ausgesetzt, die sich aber um eine gegen den Kurs vom Dienstag ermittelte Welle bewegen. Die offizielle Notiz am Dienstag lautet 227. Die New Yorker Notierung vom Dienstag blieb unter der Berliner Welle, so daß bereits die ersten Berliner Kurse eine beträchtliche Abschwächung, auf 195 deuteten. Die Berliner Börse steht stark unter dem Einfluß der Londoner Preisrichtungen. Die Schwankungen bewegen sich gestern zwischen 195 und 215.

Die Forderungen der höheren Beamtenfamilie. Der 28. Ausschuß des Reichstags hielt dieser Tage mit den Vertretern der Beamtenfamilie eine Besprechung ab, an der auch der Reichsbund höherer Beamter teilnahm. Neben dem Deutschen Beamtenbund und den Gewerkschaften hat im Aufsichtsamt die Besprechung der Reichsbund höherer Beamter die Forderungen der höheren Beamtenfamilie in folgenden Richtungen übermittelt: 1. Der Reichsbund höherer Beamter fordert grundsätzlich, daß die Gehaltseinzahlungen aller Beamten so hoch zu bemessen sind, daß sie der Kaufkraft des Kriegsindemissen entsprechen. Damit soll die bisher erreichte Höheinigungspausierung besonders der Beamten der unteren und mittleren Bevölkerungsgruppen nicht gefährdet werden. Bei der Berechnung ist die Reichsbundfamilie zu Grunde zu legen, die auf alle Lebensbedürfnisse auf der Grundlage des uneingeschränkten Verbrauchs vom Juli 1914 zu erweitern ist. 2. Auf dem von der Reichsregierung neuerrichteten eingeschlagenen Wege, die Schädigungen, die für die Bevölkerung der höheren Beamtenfamilie durch die Reichsbundfamilie durch die Reichsbundfamilie zu verhindern, ist die Reichsbund höherer Beamter die Forderungen der höheren Beamtenfamilie in folgenden Richtungen übermittelt: 1. Der Reichsbund höherer Beamter fordert grundsätzlich, daß die Gehaltseinzahlungen aller Beamten so hoch zu bemessen sind, daß sie der Kaufkraft des Kriegsindemissen entsprechen. Damit soll die bisher erreichte Höheinigungspausierung besonders der Beamten der unteren und mittleren Bevölkerungsgruppen nicht gefährdet werden. Bei der Berechnung ist die Reichsbundfamilie zu Grunde zu legen, die auf alle Lebensbedürfnisse auf der Grundlage des uneingeschränkten Verbrauchs vom Juli 1914 zu erweitern ist. 2. Auf dem von der Reichsregierung neuerrichteten eingeschlagenen Wege, die Schädigungen, die für die Bevölkerung der höheren Beamtenfamilie zu verhindern, ist die Reichsbundfamilie zu Grunde zu legen, die auf alle Lebensbedürfnisse auf der Grundlage des uneingeschränkten Verbrauchs vom Juli 1914 zu erweitern ist. 3. Der Tiefenungsabschlag ist vierjährig entsprechend der Reichsindexziffer des vorhergehenden Wirtschaftsjahrs auf einen für alle Bevölkerungsgruppen gleich hohen Hundertstel festzustellen. Vorhergehenden Wirtschaftsjahren gemäß fordern wir, daß zunächst der Hundertstel des Teuerungsabschlages — für alle Bevölkerungsgruppen gleichmäßig — der seit der letzten Rezession eingetretene Steigerung der Reichsbundfamilie entsprechend herausgehebt wird.

Woher die Teuerung?

Aus der "Textilwoche".

Die Abstimmung in Oedenburg. Die Botschafterkonferenz in Paris hat sich gestern vormittag unter dem Vorsitz von Jules Cambon mit der Organisation der Abstimmung in Oedenburg beschäftigt und beschlossen, daß diese am 18. Dezember stattfinden soll. — Wie das Wiener Korrbüro mitteilt, hat in Oedenburg von einer Vorberatung des Botschafts von österreichischer Seite keine Rede sein können, da Ungarn die volle Oberhoheit im Übereinkommungsgebiet bis auf diesen Tag ausübt und die im Protokoll von Budapest vorgesehene Ausübung der Verwaltungsgewalt durch die Generalkommission bisher kaum in Erscheinung trat. Die österreichische Regierung wandte sich mit einer diesbezüglichen Beschwerde an die Generalkommission und erwartet, daß diese die Berechtigung des österreichischen Standpunktes anerkennen wird.

Woher die Teuerung?

Aus der "Textilwoche".

Abg. Der Sturz der Mark ins Bodenlose hat Verhältnisse geschaffen, die alles bisher Dagewesene übertreffen. Die aus ausländischen Rohstoffen hergestellten Erzeugnisse sind ungeheuer im Preise gestiegen, und die Geldentwertung hat das laufende Publikum veranlaßt, sich so schnell wie möglich mit Ware aus über Bedarf zu versieben, ehe die Preise wieder ansteigen. Die Gewerbe zu verhindern, ist die verschiedenartige steuerliche Belastung der Dienstleistungen zu berücksichtigen. 3. Der Tiefenungsabschlag ist vierjährig entsprechend der Reichsindexziffer des vorhergehenden Wirtschaftsjahrs auf einen für alle Bevölkerungsgruppen gleich hohen Hundertstel festzustellen. Vorhergehenden Wirtschaftsjahren gemäß fordern wir, daß zunächst der Hundertstel des Teuerungsabschlages — für alle Bevölkerungsgruppen gleichmäßig — der seit der letzten Rezession eingetretene Steigerung der Reichsbundfamilie entsprechend herausgehebt wird.

Zweite Kurve für 1921. Wie der Sturz der Mark ins Bodenlose hat Verhältnisse geschaffen, die alles bisher Dagewesene übertreffen. Die aus ausländischen Rohstoffen hergestellten Erzeugnisse sind ungeheuer im Preise gestiegen, und die Geldentwertung hat das laufende Publikum veranlaßt, sich so schnell wie möglich mit Ware aus über Bedarf zu versieben, ehe die Preise wieder ansteigen. Die Gewerbe zu verhindern, ist die verschiedenartige steuerliche Belastung der Dienstleistungen zu berücksichtigen. 3. Der Tiefenungsabschlag ist vierjährig entsprechend der Reichsindexziffer des vorhergehenden Wirtschaftsjahrs auf einen für alle Bevölkerungsgruppen gleich hohen Hundertstel festzustellen. Vorhergehenden Wirtschaftsjahren gemäß fordern wir, daß zunächst der Hundertstel des Teuerungsabschlages — für alle Bevölkerungsgruppen gleichmäßig — der seit der letzten Rezession eingetretene Steigerung der Reichsbundfamilie entsprechend herausgehebt wird. Dem der Anzug, den der Kaufmann heute noch zum alten Preise für z. B. 1000 Mk. verkauft, kann er für daselbe Geld nicht wieder anhaften. Die neue Ware kostet jetzt vielleicht 1500 Mk., in der nächsten Woche schon 2000 Mk. und später noch mehr. Für den Erbsaft des an billigen Preisen verkaufen Warenlagers verliert, und dies bei unausgeglichenem Bedarf, bei einer Kaufm

wenn eine allgemeine Wirtschaftsknotung eintritt, nun scherhaft mit der vorher zu hohen Preisen beurteilt waren voneinander seiner Lieferanten, die ihn in den Beiträgen der Hochkonjunktur nur knapp beliebt haben, überschüttet zu werden, ohne genügende Absatzmöglichkeiten zu haben. Widdens hat er die ganze Wucht der Warenentwertung allein zu tragen und kann nicht wie seine Lieferanten dieses Risiko weiter abwälzen.

Diese Lasten fallen bis heute jeder, der dem relichen Handel den Vorwurf des Wuchers macht, einmal vor Augen halten. Es würde dann sicherlich vorstelliger mit solchen Anschuldigungen sein und dem Einzelhandel, der heute als Zwischenhandel der Verhältnisse schwer mit Erfolgserfolgen zu kämpfen hat, dasselbe zubringen, was jeder andere Stand für sich in Anspruch nimmt, nämlich die Sicherstellung seiner lebensnotwendigen Grundlagen. Dazu bedarf es einer Ausweitung in den landläufigen Aufstellungen über die Preisgestaltung im Einzelhandel. Es liegt, wozu es der Reichstag des Textil-Einzelhandels kategorisch bestimmt hinzuweist, eine unübersehbare Gefahr für die Interessen des ehrbaren Kaufmannschaft ebenso wie der verbrauchenden Bevölkerung in der bisherigen Beurteilung des übermäßigen Gewinns auf Grund der individuellen Geschäftsgeschäfte, weil der Kaufmann dadurch gezwungen wird, seine Waren zu Preisen abzugeben, die vielleicht weit unter den Kosten der Wiederbeschaffung liegen und ihm eine entsprechende Aufführung seiner Lager wirtschaftlich unmöglich machen. Für denjenigen Teil der Bevölkerung, der bei der herrschenden Not die Mittel besitzt, um sich überhaupt in größerem Umfang einzubilden, werde der Vorteil des unterwertigen Preises mehr als aufgewogen durch die Härte des unvermittelten Überganges zu den wesentlich erhöhten Preisen, die nach Abnahme der vorhandenen Schände dann unvermeidlich zu voller Auswirkung gelangen werden. Die in der Preisereibereiordnung vom 8. Mai 1918 zugelassene Bildung von Durchschnittspreisen für gleichwertige Gegenstände muss deshalb dahin erweitert werden, daß in die Kalkulation auch solche Waren einbezogen werden dürfen, die zwar fast beklett und gekauft sind, aber sich noch nicht am Lager befinden. Dadurch wird eine feste Grundlage für die heutigen vollkommen verwirrte Preisgestaltung erzielt und das Unrecht gemildert, das darin liegt, daß der zahlungsunfähige Käufer keine Waren zu billigen Preisen einkauft, während der minder kaufkräftige Verbraucher bei seinem späteren Bedarf auf die neuen, übermäßig hoch gestiegenen Preise bezahlt muß.

Die Epiphysenverbände des Einzelhandels sind, wie bekannt, mit dem Reichswirtschaftsministerium bereits vor einiger Zeit in Fühlung getreten, um nach dieser Richtung hin eine weniger sprunghafte Gestaltung der Preisminderung, die auch dem minder kaufkräftigen Verbraucher die Bedarfdeckung zu extraktalem Preise ermöglichen soll, zu erreichen, u. die Regierung hat neuerdings diese Wünsche als durchaus berechtigt anerkannt. Wenn der Einzelhandel sich so für eine Verbesserung der Kaufmöglichkeiten für die breite Masse des Volkes einsetzt, kann er billigerweise auch beanspruchen, daß er nicht mit dem schimpflichen und ungerechten Vorwurf des Wuchers belastet wird. Mit Anschuldigungen und Schlagworten, die leicht ausgesprochen werden, aber, wie die zahlreichen Pländerungen der letzten Zeit beweisen, schwerwiegende Folgen nach sich ziehen können, lädt sich einer Errscheinung von so elementarer Wucht, wie der gegenwärtigen Teuerung nicht begegnen. Gegenseitiges Verständnis und Einsicht in die Rüte und Sorgen des andern Verbands sind nötig, um die furchtbaren Folgen eines verlorenen Krieges, die auf uns allen, die wir in unserer Gesamtheit den Staat bilden, mehr oder minder schwer lasten, zu mildern.

Es ließe Ursache und Wirkung verwechseln, wollte man dem Einzelhandel die Schuld an der Teuerung zuschreiben. Die Reparationsverpflichtungen in ihrer unerfüllbaren Höhe sind es, die den Kurs des Reichsmark dauernd herabdrücken, und durch diese Geldentwertung, die auf natürlichen, für den Einzelhandel unabdingbaren wirtschaftlichen Gegebenheiten beruht, bilden sich alle jene Erscheinungen, unter denen die breite Masse heute zu leiden hat.

Dies und nichts anderes ist der Grund der Teuerung.

Neueste Nachrichten und Telegramme

vom 8. Dezember 1921.

In Flucht des Oberleutnants Boldt.

Hamburg. In der gestrigen Sitzung der Bürgerschaft kam es bei Befreiung der Unterputation Bergmann (U.S.P.) über die Flucht des Oberleutnants Boldt, auf dessen Ergebung eine Belohnung von 50 000 Mark ausgesetzt ist, zu lebhaften Auseinandersetzungen sämtlicher Parteien mit den Kommunisten, wobei sich der Kommunist Ueban zwei Ordensnachrichten zugang. Gesundheitsdirektor Koch, Mitglied der Bürgerschaft, erklärte in der Debatte, Boldt habe ihm kein ausdrückliches Ehrenwort, nicht zu fliehen, nicht gegeben.

Ein Telegramm Rantens über die Lage in Rußland.

Grenz. Das Oberkommissariat des internationalen Hilfsausschusses für das hungrige Rußland teilt mit: Rantens bat bei seiner Abreise von Saratow nach Samara dem Oberkommissariat folgende Mitteilung geliefert (ein Radiotelegramm, das am 6. d. M. von Moskau abgegangen war, traf an demselben Tage in Grenz ein): Ich bin soeben durch die Gegend von Saratow gereist. Die Lage ist sehr ernst und wird von Tag zu Tag schlimmer infolge des zunehmenden Verbrauchs aller vorhandenen Vorräte. Trotzdem hat die Internationale Vereinigung für Kinderhilfe unter der vorsätzlichen Leitung Dr. Websters hervorragende Arbeit geleistet und große Erfolge erzielt, wie auch die American Relief Administration. Noch vor wenigen Wochen zählte man in Saratow 80–40 Todesfälle am Tage. In den Kinder- und Flüchtlingsheimen ist aber dank unsern Rükken die Sterblichkeit gegenüberlich auf zwei bis drei Todesfälle gesunken. In Tscheljabinsk ist die Lage schlimmer. Ich zähle auf sofortige Hilfe in grohem Maßstabe; andernfalls wird die Lage verhängnisvoll. Iderbar sind die Bahnhöfe voll von Unglücksfällen. Der Transport von Lebensmitteln von den Eisenbahnstationen war bis jetzt mit Hilfe von LKW und Pferden möglich. Über die Hilfe muss möglichst rasch erfolgen, da der kommende Schneeden Transport durch Wärde bald unmöglich machen wird. Während eines Reisetages sah ich an der Straße 14 tote Pferde. Falls es gelingt, sofort Pferde zu beschaffen, könnte eine genügende Anzahl Pferde erhalten werden, um die dringenden Transporte zu bewerkstelligen. Es ist die dringende Pflicht, sofortige Maßnahmen zu ergreifen.

Meutereien auf Kreis.

Paris. Die "Garde Davos" meldet aus Rambia (Kreta): Eine Anzahl kretischer Soldaten, die sich weigerten, in griechischen Regiments zu dienen, hat gemeutert. Ein Kriegsschiff feuerte auf Anklammlungen von Aufständischen in der Nähe von Rambia. Aus Angst ist eine Abordnung venizelistischer Parlamentarier eingetroffen, um zu versuchen, die Kreter zu beruhigen.

Sur Verhaftung Smeets.

Paris. Der Ministerpräsident Briand hat an Maurice Barres als Antwort auf dessen geistiges Schreiben einen Brief gerichtet, in dem er sagt, der Zwischenfall mit Smeets sei ihm folglich vom französischen Oberkommissar Léonard mitgeteilt worden. Er habe eine Untersuchung der Niedersachsenkommission veranlaßt, um zu verhindern, daß Smeets durch die deutschen Behörden in das nichtbesetzte Gebiet gebracht werde. Briand erklärt weiter,

er habe darüber mit Léonard über die Haftbedingungen und ihn beauftragt, die Niedersachsenkommission auf den sozialen Charakter dieser Verhaftung hinzuwenden und die Freilassung von Smeets zu veranlassen. Am Ende, daß der französische Standpunkt Schwierigkeiten begegnete, wäre die Frage vor die interalliierten Regierungen zu bringen.

Öffentliche Anklage am Lloyd George.

London. Lloyd George hat viele Glückwunschtelegramme aus den Vereinigten Staaten anlässlich der irischen Regelung erhalten. In einer Antwort spricht Lloyd George seine Bedauern aus, daß die irischen Verhandlungen ihn verhindert haben, sich nach Washington zu begeben, und sagt dazu, die glänzenden Arbeiten der Konferenz seien jetzt weit gefördert. Außerdem habe er zu Balkone und seinen Kollegen herzartiges Vertrauen, daß er es nicht für notwendig halte, selbst auf der Konferenz noch vor ihrem Schlus zu erscheinen. Indes hoffe er, die Vereinigten Staaten zu einem späteren Zeitpunkte zu beladen.

Die amerikanischen Gesetzeswürfe für die nationale Verteidigung.

Washington. Der Kriegssekretär hat dem Kongress einen Jahresbericht vorgelegt, in dem er erklärt, die getroffenen eingebrachten Gesetzeswürfe für die nationale Verteidigung läßen eine vollständigere militärische Vorbereitung vor, als das früher in den Vereinigten Staaten der Fall war. Der Kriegssekretär sagt, es sei erforderlich, daß die aktive Armee einen Stärkeüberschuss an Offizieren habe, die geeignet seien, Rekruten auszubilden, und schlägt vor, die Zahl der Militärschulen zu verdoppeln. Der Bericht legt die bezüglich der Rüstungen erfolgten Verbesserungen dar. Die Vereinigten Staaten stellen gegenwärtig u. a. neue Arten von Handgranaten für die Infanterie her. Ferner werden in den Vereinigten Staaten geheime Untersuchungen über die chemische Kriegsführung und die giftigen Gase angestellt. Obgleich die Vereinigten Staaten gegenwärtig die giftigen Gase seien, dürften sie doch nicht vor aussieben, daß dies unbedingt auch bei einem etwaigen Kriege auf Seiten des Feindes der Fall sein werde. Der Bericht sagt ferner, bezüglich des Flugwesens sei das amerikanische Heer in einem Zustand der Untergangheit; dies müsse im Interesse der nationalen Verteidigung geändert werden.

Das Abkommen zwischen Amerika, England, Japan und Frankreich.

Washington. (Reuter.) Rich Informationen aus amerikanischen amtlichen Kreisen bilden den Plan eines großen Englands, den Vereinigten Staaten, Japan und Frankreich abschließenden Abkommens, das an die Stelle des englisch-japanischen Bündnisses treten soll, gegenwärtig den Gegenstand zahlreicher Arbeiten. Wenn die verschiedenen Regierungen das Abkommen annehmen, wird es dem amerikanischen Senat vorgelegt werden. Es handelt sich aber nicht um ein Bündnis über um eine Entente im technischen Sinne des Wortes. Das Abkommen sieht vor, daß die Mächte sich untereinander in allen Angelegenheiten beraten werden, die geeignet sein können, ihre Interessen im Stillen Ozean zu verteidigen. Jede Macht werde sich verpflichten, die andern um Rat zu fragen, bevor sie in einem Konflikt zu den Mästen greift, der sich auf die pazifischen Inseln bezieht. Die zwischen den Vereinigten Staaten und Japan schwelenden Fragen, die u. a. das Telegraphenlabel und die Insel Yap betreffen, werden den Gegenstand eines Sonderabkommens bilden, das, wie es heißt, der Vollendung nahe ist.

Der amerikanische Finanzbericht.

Washington. Der Schatzminister hat dem Kongress einen Jahresbericht vorgelegt. Darin wird die Frage der 10 Milliarden Dollars, die den Vereinigten Staaten von fremden Staaten geschuldet werden, erörtert und hergehoben, daß in sechs Monaten 6750 Millionen Dollars kurzfristige Staatsanleihen fällig werden. Infolgedessen sei es notwendig, von allen neuen Unternehmungen abzusehen, die den Staatshaushalt noch mehr belasten würden. Der größte Teil des Berichts enthält Argumente zu Gunsten einer Herabsetzung der Zulaststeuern auf das Einkommen, die gegenwärtig 50 Prozent betrugen und die das Schatzamt auf 20 oder 25 Prozent herabsetzen möchte, um sie schließlich auf 10 Prozent zu vermindern. Der Bericht sagt, übertriebene Steuerlasten werten entweder auf die Wirtschaftstätigkeit des Landes und würden die für die Industrie des Landes notwendigen Kapitalien aufzugeben.

China wird die territoriale Integrität aufrechterhalten.

Washington. Der Neunmächte-Ausschuß für die Fragen des Herrn Ostens hat einstimmig eine Entschließung angenommen, die China die territoriale Integrität zusichert und ihm die Nutzung der Funksender gestattet. Der Ausschuß hat ferner eine Entschließung angenommen, nach der China im Falle eines Krieges, an dem es nicht selbst teilnimmt, neutralisiert sein soll.

Harding über die Abrüstungsfrage.

Washington. Beim Empfang der Delegierten sagte Präsident Harding, er glaube, die Abrüstungsfrage werde den Nationen zeigen, wie weise es sei, sich untereinander im Falle eines Konflikts zu verstehen, anstatt zu den Waffen greifen.

Bermischtes.

Das Explosionsunglück in Saarwellingen. Von einem Augenzeuge wird über die Explosionskatastrophe in der Dynamitfabrik Alfred Nobel u. Co. in Saarwellingen noch folgendes berichtet: Nach der um 1 Uhr in der Nitrokörperfabrik entstandenen Explosion, die von ungeheurem Gewalt war, entstand in den Fabrikgebäuden ein Brand, dem neben den Hauptgebäuden eine Reihe von Nebengebäuden zum Opfer fiel. Eine Anzahl Nichtverletzter konnte sich nach der ersten Explosion durch schwere Flucht aus dem zusammenbrechenden Hause retten. Nach langer Zeit trafen die Feuerwehren der Umgebung und Rettungsmannschaften ein, denen es gelang, des Feuers in den späteren Nachmittagsstunden Herr zu werden und so weitere Explosionsvorfälle zu verhindern. Ein Wagen mit Sprengkörpern, deren Explosion von folgenreicherer Tragweite gewesen wäre, konnte noch rechtzeitig aus der gefährdeten Zone entfernt werden. Die Bergungsarbeiten sind wegen der massenhaften herumliegenden Trümmer außerordentlich schwierig und geben nur langsam vorwärts. So konnten, wie auch bereits gemeldet, bis 4 Uhr nachmittags erst 18 Tote geborgen werden, von denen 9 regenlos sind. Auch gekämpft ließ sich die Zahl der Opfer noch nicht übersehen, man muß aber leider damit rechnen, daß von den 120 Arbeitern betroffenen Verletzt wenigstens die Hälfte tödlich verunglückt ist. Aus Saarlouis kamen bald nach Meldung des tragischen Sachsen-Anhaltische Beamte, die die Vermundeten in das Saarlouiser Lazarett brachten. Der Materialschaden ist so bedeutend, daß nach der Aussage eines Direktors der Fabrik mit dem Gedanken umgegangen wird, das Werk nicht mehr ansiedeln zu lassen. In sämtlichen umliegenden Ortschaften tragen die Gebäude Spuren der Explosion. In Saarlouis und selbst in Böhlungen sind zahlreiche Fensterbretter durch den Luftdruck, den die Explosion im Gevierte hatte, eingedrückt worden. Zahlreiche Angehörige von Arbeitern umstehen die Unglücksstätte, um das Schicksal ihrer Freunde befürchten. Der Ort der Explosion ist durch französisches Militär abgesperrt.

Schweizerin über Kind. Eine interessante Schweizerin hätte kürzlich ein New Yorker Nichter in einem Hochzeitsprojekt. Es handelte sich um die Scheidung der Frau eines Kreises Adeline Lee, und im Laufe der Verhandlungen mußte sie zugeben, daß sie täglich zwischen 50 und 60 Zigaretten rauchte. Als nun die Entscheidung darüber getroffen werden sollte, wem von den beiden Ehegatten die Zigaretten rauchen sollte, erklärte der Nichter, Mrs. Lee möge zwischen ihrem Kind und der Schweizerin wählen. Sie müsse ihm feierlich geloben, nicht mehr zu rauchen, wenn sie das Kind haben wolle. Er erklärte, er wolle nicht im allgemeinen das Recht der Damen vertragen, aber er fügte hinzu: Das Zeugnis von Sachverständigen bestätigt in diesem Falle, was uns der gesunde Menschenverstand sagt: ein Kind von so zartem Alter wird besser aufwachsen, wenn es in einer Atmosphäre gehoben wird, die nicht von Zigarettenrauch geschwängert ist.

Sport.

Wuchball. Spielvereinigung 2. Elf stand am Sonntag der komb. 1. und 2. Mannschaft des Sportvereins Bielefeld gegenüber und verlor 5:3. Jugendauswahl: Ein älteres Resultat erzielte am Sonntag die 1. Jugend-Elf gegen die gleiche Mannschaft der Waldheimer Spielvereinigung, indem sie einen 8:0-Sieg mit nach Hause brachte, sobald sich nunmehr die Torauszahl von letzter Bewandert.

Literarisches.

Bei der Adoption eingegangen: Sachenkalender 1922. Berlin C. Dietrichsche & Co. Dresden-N. Marienstr. 18. Mit Mappe zum Sammeln der Bilder Nr. 11.— Die "Leise Lehrrat." schreibt u. a.: Dieser schöne und im Kreise mäßige Almanachkalender (14x22 cm) hat offenbar den bekannten Geschichtsalender zum Vorbilde und stellt sich in den Dienst des Heimatgedankens. Er bringt in seinen farbigen Abbildungen ein schönes Archäologiematerial aus unserem Vaterlande, dessen landschaftliche Reise, wichtige Bauwerke, kulturhistorische Erinnerungen er ins schönste Licht stellt.

Schwarzer Trauhaber an der Kirche fortgewehrt.

Gegen Belohnung abzugeben: Bismarckstr. 46, 2.

Verloren.

ein Möltch von Paulkher Str. 1 bis Bismarckstr. Abnahm. Geb. Belohn. Paulkher Str. 1.

Gans auslaufen. Bahnhof Röderau, Bahnmeisterei.

Raum. Volontär sucht f. sofort.

möbliertes Zimmer

möbl. in Gröba.

Gef. Angebote an Eichling.

Gröba, Altstadt 11, erbauen.

Kreudi. möbl. Zimmer

für sofort gelucht. Öff. unt.

Friedh. Schulmädchen für

leichte Hausarbeit ist gelucht.

Schulstr. 25, v. r.

Ber will aufs Land?

Tausche meine Wohnung in Weißbriener gegen eine Wohnung in Niela, pass. für alleinsteh. Frau. Öff. unter G 2 8087 an das Tgl. Niela.

Wohnungstausch.

3 Zimmer

ges. gröhre in Niela gesucht.

Zu er. im Tageb. Niela.

Junges Mädchen

als Auwartung für vormittags ab 15. Dan. gesucht.

Zu er. im Tageb. Niela.

Stellung als

Wirtschaftsgehilfe

ab 1. 1. 22 gesucht. Zu er. f. Arnold, Goethestr. 87.

Wir suchen
vor 1. Januar für unser Personal
möbl. Zimmer
und Mittagstisch.
Rathaus Albert Troplowitz Rath.

Schriftl. Heimarbeit

als Nebenverdienst zu vergeben (monatl. bis 900 M. u. mehr).

Bewerb. an Continental-Verlag Breslau I, Schlesisch 61b.

Güter

und Wirtschaften jeder Größe, Gasthäuser, Bäckereien, sowie andere Geschäfts- und Binshäuser werden von zahlungsfähig. Käufern gesucht durch R. Haferkorn, Kommissionsgeschäft, Stavenb. Elsterwerda, Fernstr. Elsterwerda 344.

Brikett-Ausgabe
— nur für die Stadt —
Freitag und Sonnabend dieser Woche für Monat Dezember, sowie Rückstände vom Oktober November.

A. G. Hering & Co., Elbt. 7.

Holzauktion

am Sonntag, 11. Dez. 1921, vormittags 9 Uhr. Sammelplatz Kaliberg Wiese, Grenze Jahnshausen. Zum Verkauf gelangen Reisigbauten und Mühlholz.

Bedingung darf Kasse und Anweisen sein.

Baron von Brix, Seehausen.

Auktion.</h

Zentral-Lichtspiel-Theater Gröba.

Heute unwiderruflich letzter Tag: Tarzans Roman und Liebe.

Ab Freitag bis Montag der größte deutsche Sensationsfilm

Der Held des Tages

7 Akte

7 Akte

In der Hauptrolle Hans Breitenkäfer, der deutsche Schwergewichtsbogier.

Vorführungen 7 und 9 Uhr. — Eintritt 6,-, 11,-. — Sonntag ab 2 bis 5 Uhr Jugendvorstellung (Jugendprogramm). Um gütigen Zuspruch bittet die Besitzerin Anna Bach.

Hauptstraße

Kammer-Lichtspiele

Hauptstraße



MIT BÜCHSE u. LASSO

„Mit Büchse und Lasso“

II. Teil „In wildem Ringen“.

In der Hauptrolle Eddy Polo, Amerikas bedeutendster Sensations- und Cowboy-Darsteller. — Tollkühne Reiterzüge und waghalsige amerikanische Sensationen.

Als Beiprogramm: „Des Lebens Rutschbahn“.

2 Vorführungen. — Gutehalter Saal. — Anfang 7 und 9 Uhr.

Sonntag ab 2 Uhr große Jugendvorstellung. Zur Aufführung kommt:

Die Reise um die Erde in 80 Tagen.

Um gütigen Zuspruch bittet der Besitzer.

20000 Mark

n. Beamten zwecks Geschäftsaus zu leihen gesucht. Höhe Bitten. Monatliche Rückzahlung. Off. mit H. Z. 8088 an das Tageblatt Niela.

Tüchtig. Fahrrad- und Bauschlosser zur Ausbildung sofort gesucht. E. Winkler, Fahrrad-Hdl., Mehltheuer.

Dierfäl zu verkaufen Niela 27.

Puppenwagen, wie neu, zu verkaufen. Zu erfragen im Tageblatt Niela.

Großes Verkaufsaufzett, Sportwagen u. Kinderwagen zu verkaufen. Zu erfragen im Tageblatt Niela.

1. or. Petroleum-Lampen, 1. Kino mit Film zu verkaufen. Sieber, Dr. M. Seithain, neue Katerne.

3 geb. Herrenräder verkauft. E. Winkler, Fahrrad-Hdl., Hauptstr. 73, 1.

3 m großer Anzugsstiefel umständeball. zu verkaufen. Zu erfragen im Tageblatt Niela.

Brikettausgabe für Stadt und Land Sonnabend, den 10. Dez., von 7 bis 11 Uhr auf alle Nummern der Selbstabholer. H. Stern, Elbstr. 2.

Kaufe jeden Posten

Mohthaar Sable i. Schutthaar (Schweif) Rilo 70-90 M. Nähne und Würhaar, Rilo 20-30 M.

Fa. Otto Striegler, Niela, Hauptstr. 56.

Glavierstimmungen gewissenhaft und sauber. Zu erfragen Hotel Wett. Hof, Café Central.

Siebung 15., 16. u. 17. Dez.

Geldlotterie des Vereins zum Schutze der Sächs. Schweiz.

Hauptvertrieb: Ad. Müller & Co. Leipzig, Brühl 10/12. Nur 100000 Lose.

6155 Gewinne u. 1 Prämie. zusammen 120000,-

Preisgewinn 50000,-

Prämie 30000,-

Hauptgewinne 20000,-

gewinne 10000,-

Lose zu 4,- Mark. Postgeld und Liste M. 1,40 extra bei den Staatsslotterien, Einnahmen und den durch Plakate kennl. Geschäften.

Vereinsnachrichten

Orpheus. Morgen Freitag Singstunde im Vereinszimmer Wettiner Hof.

Geflügelzüchterverein Niela u. Ums. Sonnabend, 10. 12., abends 7 Uhr Versammlung im Stern. Eröffnen aller Züchter ermunzert.

Zähi. Erzieherbund. Sonnabend, 10. 12., nachm. 5 Uhr

Veranstaltung in der Elbterrasse. Vortrag des Herrn Prof. Dr. Laube (Dresden): Schulkampf.

Bienenzüchter Niela u. Umg. Sonnabend, 10. 12., 7 Uhr

abends. Vereinslokal. Neißauer- u. Taschenfolenderverein, Radf.-Verein „Wanderer“. Sonntag 1/4 Uhr Versammlung.

Verein Rhein. Westfälischer Wandlente. Sonntag abend

8 Uhr Monatsversammlung im Dampfbad.

Personal der Bahameisterei 2. O. VIII. Niela.

Sonnabend, 10. Dez., im Gasthof Große, Große

Große Wintervergnügen. Antara

6 Uhr. Eingeführte Gäste willkommen. D. O. H.

Verein „Erzgebirger u. Vogtländer“ Riesa.

Sonntag, 11. Dezember 1921

großes Weihnachts-Bergnügen, bestehend aus Konzert, Theater und Ball, in den weihnachtlich geschmückten Sternsäulen, verbunden mit einer Ausstellung ehr erzgebirgischer Spielwaren.

Anfangpunkt 6 Uhr.

Eintrittskarten für Mitglieder und deren Angehörige nur bei Vandem. Böbel, Hauptstr. 40. Karten für geladene Gäste bei Kurt Claus, Bismarckstr. 63, Modenhaus Dertel, Wettinerstr. 17, Wollwarenhandlung. Chrhardt, Paulscher Straße 10, Schuhwarengeschäft Bengel, Hauptstraße 15, Schnellermstr. Weber, Hauptstr. 59, Karl Doppe, Sedanstr. und beim Vereinsboten Kühne, Bismarckstraße.

Die Ausstellung ist für jedermann geöffnet

und zwar Sonntag von 11-5 Uhr nachm.

Montag bis Mittwoch von 8-7 Uhr.

Landwirtschaftlicher Verein Niela.

Generalversammlung

Donnerstag, 15. Dez. 1921, abends 6 Uhr in der Elbterrasse. Tagesordnung: 1. Eingänge, 2. Lösung der Jahresrechnung, 3. Neuwohlen, 4. Tagesfragen und verschiedene.

Auf 8.11 der Abgaben wird aufmerksam gemacht.

Um zahlreichen Besuch bittet der Vorstand.

Turnhalle Knabenschule.

Sonnabend, 10. Dez., um 5 und um 8 Uhr

„Das Gotteskind“

ein Weihnachtslektiesspiel mit alten deutschen Weisen

aufgeführt von Melchner Wandervögeln.

1. Platz (num.) 6 M. u. Steuer, 2. Platz 3 M. u. Steuer.

Meinertrag für die vertriebenen Obergeschleifer.

Morgen Freitag

Rohfleisch- und Wurstverkauf.

Oskar Stein, Rohfleisch, Tel. 266.

Schlachtfeste laufen zu hohen Preisen

d. C.

Morgen Freitag und Sonnabend

Berlaus v. v. Rohfleisch u. Wurst.

Albert Weißborn, Wurstschlächterei

Größe, Kirche, 10, Tel. 685.

Bayerische Landleberwurst R. Fehre

Badesseite M. 5,50 Wettiner-

Wachsschuhcreme M. 2,- strasse 20.

Starke Fahrrad-Mäntel (Gebirgsreifen)

noch zu altem Preis (95 M.), sowie verschieden billiger

Sorten verkauft

E. Winkler, Hauptstr. 73, 1.

7 Akte

Vorführungen 7 und 9 Uhr. — Eintritt 6,-, 11,-. — Sonntag ab 2 bis 5 Uhr Jugendvorstellung (Jugendprogramm).

Um gütigen Zuspruch bittet die Besitzerin Anna Bach.



Stadt Rostock-Gaststätte.
Hotel Wettiner Hof.

Hente Donnerstag, 8. Dezember

Nacht-Schlachtfest.

Wurstfleisch 6 Uhr abends. Würzburger Schlachtfleisch, frische Brat-, Blut- und Leberwurst.

Um recht rege Teilnahme bittet Willy. Krante.

— Stadt Rostock-Gaststätte.

Wesers Restaurant.

Sonnabend, Sonntag und Montag

Bockbierausschank.

Stoff von bekannter Güte.

ff. Bockwürstchen.

Es lädt ergebnis ein Otto Weiser.

Restaurant Hirsch

Neuweida.

Sonnabend, Sonntag und Montag

großer Bockbierausschank.

Stoff hochfein. ff. Bockwürstchen.

für Unterhaltung ist gefordert.

Freude ist ein Arno Hirsch.

Waldschlößchen Röderau.

Sonntag, den 11. Dezember

Böbe's Humoristen u. Sänger.

Nach dem Konzert Ball.

Gasthof Lichtensee.

Der Männergesangsverein Lichtensee veranstaltet Sonntag, 11. Dez. 21, sein

1. KONZERT

mit anschließendem Ball.

Eintritt 6,- 7 Uhr. Beginn 7 Uhr. Der Vorstand.

Gasthof Sonntag nachm. 5 Uhr

Nünchritz! feine

Ballmusik.

Zur

Weihnachtsbäckerei

empfiehlt billig

Bauh. Schleißig, Gläubitz.

Morgen Freitag früh

ff. Schellfisch

ff. Seelachs ohne Kopf.

Clemens Bärer.

Empfiehlt

Schmalz, Margarine,

Sved, Schinken,

feinst. Braunschweiger

Leberwurst in kg-Dosen,

sämtl. Obst- und Gemüsekonserven,

Sirup, Butterkonditorei,

Marmeladen, B. d. 6 M. u. 12 M.

fette Weihnachtsdaale,

täglich frische Sachertorte,

Döllinge, Törtchen,

Weihnachtskerzen usw.

Fr. Koch, Hauptstr. 19.

Verleihe die Woche

nochmals einen Transport

Hafermaisgänse.

Empfiehlt

Gänselfleisch, -fett, -klein,

frisch geschossene starke

leichte Hähnchen

Beilage zum „Riesaer Tageblatt“.

Rechtsdruck und Verlag: Danner & Winterlich, Riesa. Geschäftsstelle: Goethestraße 50. Verantwortlich für Redaktion: Arthur Hähnel, Riesa; für Ungezettelte: Wilhelm Dittrich, Riesa.

Nr. 286.

Donnerstag, 8. Dezember 1921, abends.

74. Jahrg.

Friede mit Irland.

In der englischen Geschichte hat ein neues Kapitel begonnen: Die Vereinigten Niederlande Großbritannien und Irland gehören der Vergangenheit an. Der seit Jahrhunderten geführte Freiheitskampf des irischen Volkes hat einen Erfolg gehabt, der nur aus dem Weltkrieg erwartet werden konnte. Die Willenslosen Grundlage über das Selbstbestimmungsrecht der Völker sind es gewesen, die Irland den Mut gegeben haben, den Kampf, der vorher mit unzähligen Mitteln und durch geheime Unterminierarbeit getrieben wurde, offen zu proklamieren. Und fuhrend auf diesen Grundlagen konnte im September dieses Jahres der interalliierte Kongress für Völkerrechte in Genf nicht umhin, die irische Sache durch eine Entschließung zu stützen, in der es heißt, der Kongress sei der Ansicht, daß das irische Volk eine eigene Nation bilde, die vermöge ihrer Geschichte und ihrer geistigen und moralischen Kräfte wohl in der Lage sei, unabhängig zu leben. „Großbritannien hat sein moralisches Recht“, heißt es in der Resolution weiter, „dem irischen Volke einsig und allein auf Grund der militärischen und kommerziellen Opportunität seine Unabhängigkeit vorzuenthalten.“

Um dem Tasse, als der Kongress zu dieser Entschließung kam, war der Kampf für England moralisch verloren. Es kam nur noch darauf an, sich auf eine Art aus der Mühre zu ziehen und zu retten, was zu retten war. Und was beinahe unmöglich erschien: Die Lösung des Konfliktes wurde mit einer Geschicklichkeit gelungen und gefunden, daß Lloyd George zu seinem großen Erfolge befähigt wurde.

Es wird nun zunächst darauf ankommen, wie sich die Parlamente, das britische als auch das irische, zu Lloyd Georges Erfolg stellen werden. Hierüber scheinen beide Teile unbefragt zu sein, denn wie Lloyd George in England, so kann sich auch die Valera in Irland auf eine beträchtliche Mehrheit stützen. Ungleich wichtiger erscheint im Augenblick die Frage, was Ulster sagen wird. Irland hat darauf verzichtet, daß Ulster dem alliierten Parlament unterstellt werde und ihm ausdrücklich freigestellt, die Loslösung Ulsters von dem britischen Imperium zu verhindern, doch er also rein negativer Art ist, das will man sich vorläufig wohl selbst noch nicht gestehen.

Es wird nun zunächst darauf ankommen, wie sich die Parlamente, das britische als auch das irische, zu Lloyd Georges Erfolg stellen werden. Hierüber scheinen beide Teile unbefragt zu sein, denn wie Lloyd George in England, so kann sich auch die Valera in Irland auf eine beträchtliche Mehrheit stützen. Ungleich wichtiger erscheint im Augenblick die Frage, was Ulster sagen wird. Irland hat darauf verzichtet, daß Ulster dem alliierten Parlament unterstellt werde und ihm ausdrücklich freigestellt, die Loslösung Ulsters von dem britischen Imperium zu verhindern, doch er also rein negativer Art ist, das will man sich vorläufig wohl selbst noch nicht gestehen.

Sowohl die Valera als Lloyd George buchen also in der irischen Frage einen Erfolg. Der Irte ist dabei so ehrlich zugeoreben, daß er nur unter Opfern errungen sei. Und in der Tat hat er viel von seinen ursprünglichen Forderungen, die eine völlige Loslösung Irlands von Großbritannien zum Ziel hatten, opfern müssen. Lloyd Georges Erfolg liegt darin, daß er den Briten ihre schwere Sorge abgenommen hat. Die Bedingungen, die er dabei hat anzunehmen müssen, werden ihm im Parlament noch eine heftige Opposition einbringen.

In Deutschland wird jetzt vielfach verucht, den erfolglosen Freiheitskampf Irlands als ein Beispiel hinzustellen. Man darf dabei aber nicht vergessen, daß es ein gewaltiger Unterschied ist, ob ein Volk in Deutschlands Lage das Wagnis eines Kleinkrieges gegen übermächtige und überwollende Gegner auf sich nimmt, oder ob es sich um eine Auseinandersetzung zwischen einem Reiche als solchem und einem kleinen Bestandteil handelt. Kein Mensch wird behaupten wollen, daß England gegen das aufständische Irland auch im schlimmsten Falle mit denselben Mitteln vorgegangen wäre, mit denen unsere Gegner unter allen Umständen einen offenen Widerstand Deutschlands bekämpft hätten. Und vor allem wird sich kein internationaler Gerichtshof finden, der Deutschland bei einem derartigen Unterfangen untersagen würde. Ohne das Generalkonsulat wäre auch Irland nicht so schnell zum Ziel gekommen.

Der Vertrag zwischen Großbritannien und Irland.

Reuter meldet aus London: Die britische Regierung hat gestern abend die Bedingungen der mit den Süinfidern getroffenen Regelung veröffentlicht. Das Dokument ist überschrieben „Vertrag zwischen Großbritannien und Irland“ und enthält 18 Klauseln, von denen bereits ein großer Teil in der von Lord Birkenhead in Birmingham gehaltenen Rede hargelegt worden ist. Die erste Klausel bestimmt, daß Irland dieselbe Stellung einzunehmen soll, wie die anderen Dominions des britischen Reiches mit einem Parlament, das die Vollmacht hat, Gesetze zu erlassen für den Frieden, die Ordnung und gute Regierung von Irland. Es erhält den Namen „Irish Free State“. Der Irte, der von den Mitgliedern des Parlaments des irischen Freistaates geleistet wird, lautet folgendermaßen: Ich schwör treulich Treue und Untertanengehorsam der Regierung des irischen Freistaates und werde dem König Georg V. und seinen Erben und Nachfolgern treu sein Kraft des gemeinsamen Bürgerrechts von Irland und Großbritannien und seiner Abhängigkeit und Mitgliedschaft in der Gruppe der Nationen, die das britische Gemeinwohl bilden. Die Klausel 6 sieht vor: Bis eine Vereinigung zwischen der britischen und irischen Regierung getroffen ist, durch die der irische Freistaat seine eigene Räte vertreten zu gunst übernimmt, sollen Großbritannien und Irland die Verteidigung zur See durch die Streitkräfte des britischen Reiches übernehmen. Klausel 7 bestimmt, daß die irische Regierung in Friedenszeiten den britischen Streitkräften gewisse Gleitfähigkeiten hinzufließen und der Flottille und der Küstenschifffahrt gewährt und bei Umställen über gespannte Beziehungen mit einer auswärtigen Macht alle Gleitfähigkeiten gewährt, die die britische Regierung verlangt. Klausel 8 sieht vor: Wenn die Regierung des irischen Freistaates eine militärische Verteidigungsmacht aufstellt, soll diese zur Militärmacht, die Großbritannien unterhalten wird, in einem größeren Verhältnis stehen, als die Bevölkerung Irlands zur Bevölkerung Großbritanniens. Klausel 9 bestimmt, daß die Höhen Großbritanniens und des irischen Freistaates den höheren Höhen offenstehen. Klausel 12 besagt: Wenn innerhalb eines Monats nach Annahme des Gesetzes und Ratifizierung des Abkommens dem König von beiden Häusern des Ulsterparlaments eine Abstimmung unterbreitet wird, die sich gegen das Gesetz richtet, sollen die Vollmachten der Regierung des irischen Freistaates nicht auf Ulster ausgedehnt und eine Kommission ernannt werden, um die Grenzen gemäß den Künften der Bevölkerung festzulegen. Wenn keine bezügliche Abstimmung unterbreitet wird, wird das Ulsterparlament weiterhin die

Biederufnahme der Beziehungen zur Bank von England

Die Verhandlungen Havensteins in London.

Wie die Berliner Blätter hören, haben die Verhandlungen zwischen dem Präsidenten der Reichsbank Havenstein und der Bank of England in London zu dem Ergebnis geführt, daß die vor dem Kriege bestehende Verbündung zwischen den beiden großen Centralnotenbanken wiederhergestellt werden ist. Wie die „Volkszeitung“ mitteilt, hat die Reichsbank ein Konto bei der Bank of England eingerichtet und sich dort ein Guthaben geschaffen. Der gesamte öffentliche Zahlungsverkehr Deutschlands in England wird kontinuierlich bei der Bank of England konzentriert sein. Diese Neuerung sei als eine große Erleichterung des gesamten Zahlungsverkehrs mit England zu betrachten. — Der „Deutschen Allgemeine Zeitung“ zufolge hat man auch mit anderen Centralnotenbanken die gelösten Beziehungen wieder aufgenommen. Es steht zu hoffen, daß auch hierüber bald ein Resultat gemeldet werden können.

Der deutsche Schritt bei einer offiziellen englischen Stelle.

Zu den Blättern meldungen über einen offiziellen Schritt der deutschen Regierung bei der Bank of England wird von zuständiger Stelle erklärt, daß von der Reichsregierung ein offizieller Schrift bei einer offiziellen englischen Stelle getan worden ist, die für die Gewährung eines Kredites ausständig ist. Laut „Deutscher Allg. Zeitung“ liegt an Berliner zuständiger Stelle eine Bestätigung des an der Londoner Börse verbreiteten Gerichtes über die Gewährung eines dreijährigen Moratoriums an Deutschland nicht vor.

Poucheur reist nach London.

Der französische Minister Poucheur verließ Paris um Mitternacht, um sich in Begleitung zweier Finanzberatern nach London zu begeben, wo er mit den Mitgliedern des britischen Kabinetts über die allgemeine Lage beraten wird. — Dem „Antrittsamt“ folgt an der Londoner Börse eine Bestätigung des an der Londoner Börse verbreiteten Gerichtes über die Gewährung eines dreijährigen Moratoriums an Deutschland nicht vor.

Bestehenden Befreiungen erhalten. Aber das Parlament und die Regierung des irischen Freistaates sollen dieselben Befreiungen in Nordirland wie in Südirland ausüben bezüglich der Fragen, über die das Nordirland eingeschließlich Irlands Befreiungen hat. Klausel 16 sieht vor, daß weder das Parlament des irischen Freistaates, noch das Parlament von Nordirland irgend eine Religion dotieren oder ihre freie Ausübung verhindern bzw. beschränken darf und daß das zur vorläufigen Verwaltung von Südirland unter dem Homeerulegebot geschaffene Subparlament eingeschlossen wird. Klausel 18 besagt, daß die Bedingungen von britischer Regierung sofort dem Parlament zur Genehmigung und von den irischen Unterhändlern dem Subparlament unterbreitet werden, und daß die Bedingungen nach ihrer Genehmigung durch ein Gesetz ratifiziert werden.

Man erwartet in London, daß bei dem Zusammentreffen des Sinn Féinparlaments in der nächsten Woche ein schwerer Kampf mit den Sinn Féinern entbrannt ist, die sich unter dem Sinn Féinpräsidenten entbinden werden. Die Haltung Dálaíns erregt großes Interesse. Man nimmt jedoch an, daß die Mehrzahl der Mitglieder das Uebereinkommen unterschreiben werden.

Der König hielt gestern im Buckingham Palace einen Thronabgang ab, an dem die Mitglieder der Regierung teilnahmen. Der König unterzeichnete einen Erlass, durch den das Parlament für den nächsten Mittwoch zur Ratifizierung der irischen Regelung einberufen wird.

Die Schwierigkeiten in der Kohlenversorgung.

Das Reichsverkehrsministerium und die Reichskohlenkommission teilen mit: Die Betriebslage bei der Reichsbahn ist immer noch äußerst gespannt, weil der schon über drei Wochen andauernde Frost an vielen Stellen anfangs dieser Woche 10–12 Grad betrug, wozu noch betriebserschwerende Winde und Nebel traten. Das behindert die Tätigkeit der Ablaufberge in den Kohlenbahnhöfen so, daß die Leistungen der Bahnhöfe bis auf zwei Drittel zurückgingen. Die Bahnhofsleitung reichen dann für die aurollenden Züge nicht mehr aus; die Züge liegen längere Zeit auf der Strecke, ehe sie in den Bahnhof hineingelangen können. Der Betrieb wird, wie der Fachmann sagt, dichtflüssig.

Damit verschärft sich aber der Wagenmangel; der Wagenmangel nimmt zu. Und das alles zu einer Zeit, wo die zugelagerten Wasserstraßen für den Transport ausweichen.

Die Kohlenversorgung leidet unter diesen Bedingungen besonders. So ist z. B. die Wagenstellung für Kohlen an der Huft von 21 000 auf rund 15 000 Wagen täglich gesunken, so daß, da die Entente Kohlenzufuhr zu fördern ist, die Eisenbahn nicht mehr genügend beliefert wird. Ihr Kohlendienst sank in einzelnen Bezirken bis auf drei Tage vorbei. Da die Aufrechterhaltung des Eisenbahnverkehrs die erste Voraussetzung für das Anfangshalten der gesamten Wirtschaft ist, muß die Reichsbahn zunächst mit Roble stärker als in leichter Zeit beliefern werden. Wenn dadurch für andere Verbraucher vorübergehend weitere Auswirkungen in der Kohlenversorgung eintreten, so muß dieser Nachteil im Interesse der Aufrechterhaltung des Eisenbahnbetriebes in Kauf genommen werden.

Einschränkung des Zugverkehrs.

Die Eisenbahnverwaltung Kassel teilte Mittwoch mittags amtlich durch Anschlag mit, daß die infolge der immer größer werdenden Kohlenknappheit nicht mehr in der Lage sei, alle Verladeanlagen und Lokalzüge fahrplanmäßigfahren zu lassen. Das Publikum wird aufgefordert, sich vor dem Antritt einer Reise zu vergewissern, ob die einzelnen Verlade- und Lokalzüge noch fahren, da von Donnerstag ab wahrscheinlich ein größerer Teil vorübergehend bis zur Bebedigung der Kohlennot ausfallen muß.

Stilllegung von Druckpapiersfabriken.

Wie die Berliner Blätter melden, hat der Verband deutscher Druckpapiersfabrikanten der Vereinigung großstädtischer Zeitungsvorleger mitgeteilt, daß eine Reihe von Zeitungsdruckpapiersfabrikanten wegen Kohlenmangels zum Stillstand gekommen sei und daß eine Anzahl anderer einzelner Fabriken habe aufstellen müssen. Wenn nicht sofort Abhilfe gefunden wird, so wird Berlin in den nächsten Tagen ohne Zeitungen sein.

Eine Anfrage der deutschen Landwirtschaft.

Wie die „Tägliche Rundschau“ von wohl unterrichteter Seite erfährt, wird am 15. Dezember zu Berlin im Großen Saale des Herrenhauses eine Kundgebung der gesamten deutschen Landwirtschaft stattfinden. Der Reichsbund der deutschen Landwirtschaft hat einer Anregung des Reichslandbundes und der Vereinigung der deutschen Bauernvereine folgend beschlossen, die deutsche Landwirtschaft zu dieser Kundgebung aufzutreten. Gegenstand der Anregung ist das Reparationsproblem und die damit zusammenhängenden Steuerfragen. Ferner soll zur Frage der Lebensmittelversorgung des Volkes Stellung genommen werden, wobei an die Möglichkeit direkter Versorgung der Groß-Städte und der Konsumorganisationen gedacht wird. An der Kundgebung werden u. a. teilnehmen Rössle, Dr. Heim und Edler von Braun.

Die vollkommene Durchführung der Entwicklung

W. T. B. meldet: Von Politikern des Auslandes wird immer wieder die Behauptung aufgestellt, daß die unter der Kontrolle der interalliierten Kommissionen und auf Grund des Friedensvertrages vollzogene Entwicklung Deutschlands nur scheinbar sei. Demgegenüber geben die nachfolgenden antiken Tabellen ein umfassendes und genaues Bild darüber, wie vollkommen Deutschland die Überprüfung durchgeführt hat. Die Reichsbahn-Gesellschaft hat bis zum 1. Oktober 1921 zur Sicherung erhalten Gewehre und Karabiner 5 885 000, zerstört 5 837 000, noch auf Lager 16 500; Maschinengewehre 702 887 (702 850 und 17); Minenwerfer und Robe von folchen 28 340 (28 340, 0); Geschüre und Rohre von folchen 53 900 (53 900, 0); Pisten 27 640 (27 640, 0); schwere Artilleriegeschütze und Minen 37 400 000 (32 000 000, 3 400 000); schwere Hand-, Gewehr- und Wurfwaffen 15 100 000 (14 100 000, 1 000 000); schwere Flieger 58 000 000 (56 600 000, 1 400 000); Handwaffenmunition 440 000 000 (392 000 000, 40 000 000); Flugzeuge 14 009 (13 376, 4); außerdem wurden 629 Flugzeuge und 3 632 Flugzeugmotoren abgeliefert.

Die deutsch-polnischen Verhandlungen.

Das Völkerbundsekretariat in Genf gab eine amliche Mitteilung über den Briefwechsel auf, der in den letzten Tagen zwischen dem Völkerbundsekretariat und dem Präsidenten der deutsch-polnischen Konferenz fand. Der Völkerbund sprach in einer Mitteilung an Galander den Wunsch nach möglichster Beschleunigung der Arbeiten der Unterkommission aus, die in den nächsten Tagen in Oberschlesien zusammenzutreffen sollen. Galander antwortete, daß er durchaus die Gründe für eine schnelle Unterzeichnung des deutsch-polnischen Abkommens würdig, daß man aber nicht übersehen dürfe, daß das Abkommen mit großer Sorgfalt und Sorgfalt ausgearbeitet werden müsse. Er könne daher keine Frist annehmen, die den von ihm geleiteten Verhandlungen von vornherein aufgesetzten würde. Galander versprach, daß er den Völkerbundsekretariat über den Gang der Verhandlungen auf dem Laufenden halten werde und erfuhr den Völkerbund, seinerseits auch ihn von den Fortschritten in Kenntnis zu setzen, die die Arbeiten der mit der endgültigen Grenzziehung betrauten Kommission machen. Es sei in der Tat notwendig, daß die Grenzziehung und die Vorbereitung des Abkommens möglichst zur selben Zeit beendet seien, damit die Befreiung durch die interalliierten Truppen nicht unnötig verlängert werde. — Wie es in der Mitteilung des Völkerbundsekretariats weiter heißt, waren sowohl die deutsche wie die polnische Abordnung dagegen, eine Vollsitzung, in der sie ihre Arbeiten Galander unterstreiten sollen, vor dem 15. Januar abzuhalten. Galander stellte sich dieser Auffassung an, da die zu lösenden Probleme tatsächlich eine ernste mehrtägige Unterhandlung erfordern. Außerdem mußte man der polnischen Abordnung Zeit lassen, um Rückung mit der Bevölkerung der Zone zu nehmen, die Polen zugewiesen wurde, aber noch nicht unter polnischer Hoheit steht.

Ein Aufruf des polnischen Komitees.

Aus Beuthen wird gemeldet: Das polnische Komitee für Oberschlesien erließ als Vertretung der Polen in dem bei Deutschland verbleibenden Teil Oberschlesiens einen Aufruf, in dem es heißt: Infolge der Abzweigung von über einer Million Menschen, in der Hauptstadt Polen, vom bisherigen Oberschlesien haben wir Polen in Oberschlesien die überwiegende Majorität, die wir gehabt haben (?), im Lande verloren und wir haben jetzt nur noch eine mit den Deutschen gleiche Anzahl von Menschen. Trotzdem bleiben wir eine Macht, wenn wir den Geist des Einigkeit und Eintracht in uns erwecken. Der Geist Schlesiens hat über die Zukunft der oberschlesischen Polen in höchster Hinsicht entschieden. Diejenigen, die er bei Deutschland verloren, hat er zu Bürgern des Deutschen Reichs gemacht und die deutsche Staatslichkeit zur Grundlage ihres Seins bestimmt. Diesen tatsächlichen Zustand hat sowohl Deutschland als auch Polen als bindend anerkannt, somit erkennen wir ihn ebenfalls als bindend an. Wir tun dies in der Überzeugung und der Hoffnung, daß eine ehrliche Erfüllung der Pflichten gegenüber dem Staat und nicht nur berechnend wird, von seinen Gesetzen und Einrichtungen Gebrauch zu machen, sondern daß sie uns dazu verhilft, Gleichberechtigung mit den deutschen Bürgern, die wir bis jetzt nicht genossen haben (?), zu erlangen. Diese Gleichberechtigung erachten wir als grundsätzliche Notwendigkeit und unerlässliche Vorbereitung, wenn in Oberschlesien die dringendste, keinen Ausschluß und keine Ausgrenzung der polnischen Bevölkerung der Zone zu ermöglichen.

Aus Beuthen wird gemeldet: Das polnische Komitee für Oberschlesien erließ als Vertretung der Polen in dem bei Deutschland verbleibenden Teil Oberschlesiens einen Aufruf, in dem es heißt: Infolge der Abzweigung von über einer Million Menschen, in der Hauptstadt Polen, vom bisherigen Oberschlesien haben wir Polen in Oberschlesien die überwiegende Majorität, die wir gehabt haben (?), im Lande verloren und wir haben jetzt nur noch eine mit den Deutschen gleiche Anzahl von Menschen. Trotzdem bleiben wir eine Macht, wenn wir den Geist des Einigkeit und Eintracht in uns erwecken. Die Reichsregierung und Reichstag haben sehr wohlwollend ihr Einverständnis mit diesem Vorhaben fundiert und große politische Partien, insbesondere die Zentrumspartei möchten diese Forderung zum hervorragenden Punkte ihres politischen Programms, ja beinahe zur Ehrenstufe. Auch wir erachten die bundesstaatliche Autonomie für Oberschlesien als einzige wirkliche Garantie für die Gleichberechtigung der polnischen Bürger mit den deutschen.

The Grenzfähre in Oberösterreich.

Die Kommission für die Feststellung der deutsch-polnischen Grenze zog den dringenden Wirtschaftsbedürfnissen der Kreise Statibor und Weimark Bechnung tragend, die nördliche Grenzlinie so, daß die Kleinbahn Statibor-Mauden-Gleiwitz im ganzen Verlaufe dem deutschen Gebiete verbleibt.

Die Gründung des amerikanischen Kongresses.

Die Antritte des Hardings.

Aus Washington wird gemeldet: Bei der Eröffnung des Kongresses waren die Delegierten aller an der Washingtoner Konferenz teilnehmenden Staaten zugegen. Der Eintritt des Präsidenten Harding wurde mit langanhaltendem Beifall begrüßt. Die Mitglieder des Kabinetts unter Führung von Hughes sahen in der ersten Reihe links vom Präsidenten. Die republikanische Partei nahm etwas mehr als die Hälfte des Saales ein. Die Verlesung der Eröffnungsrede Hardings nahm 50 Minuten in Anspruch und wurde von den Republikanern mit wiederholtem Beifall angenommen, während die Demokraten sich schweigend verzehnten.

In seiner Ansprache verlangte Harding nachdrücklich, daß der Wahrheitswert über den ständigen Zolltarif und der Entwurf über die Rückzahlung der auswärtigen Schulden mit Beschlussfassung erledigt würden. Der Präsident sagte, er werde später auf die Frage der Steuergebung kommen.

Die Republik der Vereinigten Staaten sei von keinem Friede bedroht und erfreue sich eines Friedens, der angeblich der Wahrscheinlichkeit des Erfolges der Abstimmungskonferenz von Tauer zu sein verspreche. Der Präsident fügte, er beachtigte nicht, ein Programm für die Wiederherstellung der Welt zu geben. Das sei die einzige Gelegenheit der am meisten interessierten Nationen. Über die Vereinigten Staaten könnten daran mitwirken. Sie hätten auch die Absicht, es zu tun mit bewährter völliger Unabhängigkeit. Denn Handel und Warenverkehr seien nur möglich, wenn die Nationen aller Erdteile wieder in eine normale und fröhliche Zone kämen. Neben den ausländischen Staaten geleisteten Faschläge koste der Präsident: Die vollziehende Gewalt ist nicht in stande, die Frage der Schulden zu behandeln. Das bildet ein Hindernis für die schnelle Ordnung unserer Angelegenheiten mit unseren Schuldnern. Es ist Sache des Kongresses, der allgemeinen Politik der vollziehenden Gewalt in dieser Hinsicht keine Zustimmung zu erteilen. Aber es gibt einzelne Probleme der Auseinandersetzung und des Schutzes der amerikanischen Interessen, welche die vollziehende Gewalt nun mit Genehmigung des Kongresses in Angriff nehmen kann. Wenn die Konsolidierung und Regelung der geforderten Sinten ermöglicht werden kann, so wird das für die Amerikaner selbst von Vorteil sein und die Belastungen der Schuldner zu den Vereinigten Staaten verbessem.

Der Präsident kam dann auf das Problem der Seeschifffahrt zu sprechen und erinnerte daran, daß die vollziehende Gewalt im Interesse der Entwicklung der amerikanischen Handelsmarine in der Welt alle bestehenden Handelsverträge aufzulösen müsse, um in die Lage zu kommen, die Einflussräume auf Waren herabzuführen, die von amerikanischen Schiffen nach Amerika befördert würden. Dies ist übrigens auch der Wunsch des Kongresses. Der Präsident erläuterte den Kongress, der vollziehende Gewalt zu gestatten, die Rückbildung der Handelsverträge einige Woden hinauszuziehen, bis der neue Entwurf über die Ausdehnung der amerikanischen Handelsmarine eingeführt sei. Der Präsident kam darauf auf den Wahrheitswert über den Zolltarif zu sprechen und erklärte, das Gesetz sei notwendig, um der amerikanischen Industrie Stärke zu verleihen. Es müsse angenommen werden. Denn es sei unvermeidlich, mit der Außenwelt höhere Handelsbeziehungen herzustellen. Außerdem handele es sich auch darum, zu verhindern, daß viele Industrien in Amerika zu Grunde gingen. Die Vereinigten Staaten könnten nicht auf ausländische Waren verzichten. Das sei kein Mittel, der Welt bei der Wiederherstellung ihrer Industrie und ihres Handels zu helfen, und sei auch kein Vorteil für die Vereinigten Staaten. Er erkenne die Notwendigkeit nicht, auf allen

Märkten, wo Waren verkauft werden, Winture zu vollziehen. (1) Der Handel könnte nur unterbalten werden durch Autostadt. Wenn man sich auch Menschenrecht über alle Verpflichtungen der Vereinigten Staaten in den Namen der Menschlichkeit, des Handels und der Finanzen obliege, so kann doch nicht die Freiheit davon sein, sich selbst zu verbieten, um anderen zu helfen.

Harding erklärte: Ich wünsche von ganzem Herzen die Wiederherstellung der von dem kriegerischen Krieg so schwer betroffenen Völker. Über ihre Wiederherstellung hängt nicht davon ab, daß die Vereinigten Staaten ähnliche Staaten über sich ergehen lassen. Es ist besser, allen Amerikanern Arbeit zu geben. Es ist besser, der Welt ein Beispiel eines gut balancierten Budgets strenger Sparmaßnahmen und energischer erfolgreicher Arbeit zu geben, welche die notwendigen Mittel darstellen, um die Wirkung der Unglücksfälle zu beobachten.

Harding erklärte: Ich wünsche von ganzem Herzen die Wiederherstellung der von dem kriegerischen Krieg so schwer betroffenen Völker. Über ihre Wiederherstellung hängt nicht davon ab, daß die Vereinigten Staaten ähnliche Staaten über sich ergehen lassen. Es ist besser, allen Amerikanern Arbeit zu geben. Es ist besser, der Welt ein Beispiel eines gut balancierten Budgets strenger Sparmaßnahmen und energischer erfolgreicher Arbeit zu geben, welche die notwendigen Mittel darstellen, um die Wirkung der Unglücksfälle zu beobachten.

Unter Widerstand verschieden lagte Harding: Wir erkennen die Sowjetregierung nicht an. Über angebliche der beiden und Totalitätsstädte führen wir alle politischen Verhandlungen ausreichender Mitteln für die Verwaltung der amerikanischen Hilfsorganisation, damit diese imstande ist, viele Millionen Schafe Größe und eine Million Schafe Größe zu fördern.

Wahrscheinlich lagte Harding über die Wirtschaftskonferenz: Die Augen der ganzen Welt seien auf Washington gerichtet. Es ist wahrscheinlich, daß ein bis gewisse Menschenheit höchst ermutigendes Urteil verhängt werden

1. Klasse 180. Sach. Landes-Volksfest.

Die Räume, welche die Stadt seit Jahr mit großer Freude und Eifer für das Volksfest vorbereitet.

1. Eröffnung am 7. August 1921.

180000 Mr. 7078 Reichstag, Berlin 1. Gs.
180000 Mr. 28278 Germania, Schlossstr. 10, Berlin 1. Gs.
180000 Mr. 66164 Celler Brücke, Berlin 1. Gs.
180000 Mr. 72128 Kaiserstrasse, Berlin 1. Gs.

180000 Mr. 7078 Reichstag, Berlin 1. Gs.

180000 Mr. 28278 Germania, Schlossstr. 10, Berlin 1. Gs.

180000 Mr. 66164 Celler Brücke, Berlin 1. Gs.

180000 Mr. 72128 Kaiserstrasse, Berlin 1. Gs.

180000 Mr. 7078 Reichstag, Berlin 1. Gs.

180000 Mr. 28278 Germania, Schlossstr. 10, Berlin 1. Gs.

180000 Mr. 66164 Celler Brücke, Berlin 1. Gs.

180000 Mr. 72128 Kaiserstrasse, Berlin 1. Gs.

180000 Mr. 7078 Reichstag, Berlin 1. Gs.

180000 Mr. 28278 Germania, Schlossstr. 10, Berlin 1. Gs.

180000 Mr. 66164 Celler Brücke, Berlin 1. Gs.

180000 Mr. 72128 Kaiserstrasse, Berlin 1. Gs.

180000 Mr. 7078 Reichstag, Berlin 1. Gs.

180000 Mr. 28278 Germania, Schlossstr. 10, Berlin 1. Gs.

180000 Mr. 66164 Celler Brücke, Berlin 1. Gs.

180000 Mr. 72128 Kaiserstrasse, Berlin 1. Gs.

180000 Mr. 7078 Reichstag, Berlin 1. Gs.

180000 Mr. 28278 Germania, Schlossstr. 10, Berlin 1. Gs.

180000 Mr. 66164 Celler Brücke, Berlin 1. Gs.

180000 Mr. 72128 Kaiserstrasse, Berlin 1. Gs.

180000 Mr. 7078 Reichstag, Berlin 1. Gs.

180000 Mr. 28278 Germania, Schlossstr. 10, Berlin 1. Gs.

180000 Mr. 66164 Celler Brücke, Berlin 1. Gs.

180000 Mr. 72128 Kaiserstrasse, Berlin 1. Gs.

180000 Mr. 7078 Reichstag, Berlin 1. Gs.

180000 Mr. 28278 Germania, Schlossstr. 10, Berlin 1. Gs.

180000 Mr. 66164 Celler Brücke, Berlin 1. Gs.

180000 Mr. 72128 Kaiserstrasse, Berlin 1. Gs.

180000 Mr. 7078 Reichstag, Berlin 1. Gs.

180000 Mr. 28278 Germania, Schlossstr. 10, Berlin 1. Gs.

180000 Mr. 66164 Celler Brücke, Berlin 1. Gs.

180000 Mr. 72128 Kaiserstrasse, Berlin 1. Gs.

180000 Mr. 7078 Reichstag, Berlin 1. Gs.

180000 Mr. 28278 Germania, Schlossstr. 10, Berlin 1. Gs.

180000 Mr. 66164 Celler Brücke, Berlin 1. Gs.

180000 Mr. 72128 Kaiserstrasse, Berlin 1. Gs.

180000 Mr. 7078 Reichstag, Berlin 1. Gs.

180000 Mr. 28278 Germania, Schlossstr. 10, Berlin 1. Gs.

180000 Mr. 66164 Celler Brücke, Berlin 1. Gs.

180000 Mr. 72128 Kaiserstrasse, Berlin 1. Gs.

180000 Mr. 7078 Reichstag, Berlin 1. Gs.

180000 Mr. 28278 Germania, Schlossstr. 10, Berlin 1. Gs.

180000 Mr. 66164 Celler Brücke, Berlin 1. Gs.

180000 Mr. 72128 Kaiserstrasse, Berlin 1. Gs.

180000 Mr. 7078 Reichstag, Berlin 1. Gs.

180000 Mr. 28278 Germania, Schlossstr. 10, Berlin 1. Gs.

180000 Mr. 66164 Celler Brücke, Berlin 1. Gs.

180000 Mr. 72128 Kaiserstrasse, Berlin 1. Gs.

180000 Mr. 7078 Reichstag, Berlin 1. Gs.

180000 Mr. 28278 Germania, Schlossstr. 10, Berlin 1. Gs.

180000 Mr. 66164 Celler Brücke, Berlin 1. Gs.

180000 Mr. 72128 Kaiserstrasse, Berlin 1. Gs.

180000 Mr. 7078 Reichstag, Berlin 1. Gs.

180000 Mr. 28278 Germania, Schlossstr. 10, Berlin 1. Gs.

180000 Mr. 66164 Celler Brücke, Berlin 1. Gs.

180000 Mr. 72128 Kaiserstrasse, Berlin 1. Gs.

180000 Mr. 7078 Reichstag, Berlin 1. Gs.

180000 Mr. 28278 Germania, Schlossstr. 10, Berlin 1. Gs.

180000 Mr. 66164 Celler Brücke, Berlin 1. Gs.

180000 Mr. 72128 Kaiserstrasse, Berlin 1. Gs.

180000 Mr. 7078 Reichstag, Berlin 1. Gs.

180000 Mr. 28278 Germania, Schlossstr. 10, Berlin 1. Gs.

180000 Mr. 66164 Celler Brücke, Berlin 1. Gs.

180000 Mr. 72128 Kaiserstrasse, Berlin 1. Gs.

180000 Mr. 7078 Reichstag, Berlin 1. Gs.

180000 Mr. 28278 Germania, Schlossstr. 10, Berlin 1. Gs.

180000 Mr. 66164 Celler Brücke, Berlin 1. Gs.

180000 Mr. 72128 Kaiserstrasse, Berlin 1. Gs.

180000 Mr. 7078 Reichstag, Berlin 1. Gs.

180000 Mr. 28278 Germania, Schlossstr. 10, Berlin 1. Gs.

180000 Mr. 66164 Celler Brücke, Berlin 1. Gs.

180000 Mr. 72128 Kaiserstrasse, Berlin 1. Gs.

180000 Mr. 7078 Reichstag, Berlin 1. Gs.

180000 Mr. 28278 Germania, Schlossstr. 10, Berlin 1. Gs.

180000 Mr. 66164 Celler Brücke, Berlin 1. Gs.

180000 Mr. 72128 Kaiserstrasse, Berlin 1. Gs.

180000 Mr. 7078 Reichstag, Berlin 1. Gs.

180000 Mr. 28278 Germania, Schlossstr. 10, Berlin 1. Gs.

180000 Mr. 66164 Celler Brücke, Berlin 1. Gs.

180000 Mr. 72128 Kaiserstrasse, Berlin 1. Gs.

180000 Mr. 7078 Reichstag, Berlin 1. Gs.

180000 Mr. 28278 Germania, Schlossstr. 10, Berlin 1. Gs.

180000 Mr. 66164 Celler Brücke, Berlin 1. Gs.

180000 Mr. 72128 Kaiserstrasse, Berlin 1. Gs.

180000 Mr. 7078 Reichstag, Berlin 1. Gs.

180000 Mr. 28278 Germania, Schlossstr. 10, Berlin 1. Gs.

180000 Mr. 66164 Celler Brücke, Berlin 1. Gs.

180000 Mr. 72128 Kaiserstrasse, Berlin 1. Gs.

180000 Mr. 7078 Reichstag, Berlin 1. Gs.

180000 Mr. 28278 Germania, Schlossstr. 10, Berlin 1. Gs.